

11 Fraktale Arbeiterbegriffe

Um die Ressource ‚Arbeiter‘ war es, so zeigten die vorangegangenen Fallstudien, in den 1990er Jahren nicht gut bestellt. Überall war sie stillgelegt oder stand kurz davor, stillgelegt zu werden. Es ist bisher eine Erzählung des Niedergangs. Die Menschen sprechen aber auch heute noch über ‚Arbeiter‘ und der Spiegel schreibt noch immer über sie, wenn auch weniger häufig – und anders. Bis in die 1980er Jahre verwendete das Magazin oft Komposita, in denen ‚Arbeiter‘ als Bestimmungswort fungiert, nach dem Ende des Ost-West-Konflikts nahm ‚Arbeiter‘ dann zumeist die Position des Grundworts ein. Anstatt selbst andere Begriffe wie etwa Partei, Bildung oder Kultur zu prägen, war es nun der Arbeiterbegriff, der durch Zusätze näher bestimmt, zergliedert und beschränkt wurde.

Im Folgenden greife ich mit ‚Gastarbeiter‘, ‚Zwangsarbeiter‘ und ‚Mitarbeiter‘ exemplarisch drei dieser fraktalen Arbeiterbegriffe heraus, die sich relativ häufig im Spiegel-Sample finden. Sie alle fordern den allgemeinen Arbeiterbegriff auf ganz eigene Art heraus, indem ihre Bestimmungsworte einzelne seiner Bedeutungsschichten bündeln und scharfstellen, andere aber in den Hintergrund drängen. Strenggenommen ist dies keine neue Entwicklung, hatten die beiden Komposita ‚Lohnarbeiter‘ und ‚Industriearbeiter‘ doch seit Mitte des 19. Jahrhunderts den allgemeinen Arbeiterbegriff immer stärker überschrieben. Es war folglich normal, den Oberbegriff synonym zu einem seiner Unterbegriffe zu verwenden und zu verstehen. Vielleicht auch deshalb traten die beiden dominanten Komposita im Spiegel-Sample nur selten auf.

Wie wirkt es sich auf den Arbeiterbegriff aus, wenn Komposita wie ‚Gastarbeiter‘, ‚Zwangsarbeiter‘ und ‚Mitarbeiter‘ nun immer stärker sein öffentliches Erscheinungsbild prägen? Eine abschließende Antwort kann hierauf zwar nicht gegeben werden, aber zumindest lassen sich einige Überlegungen anstellen. Eine zweite Frage ergibt sich aus der von Anselm Doering-Manteuffel und Lutz Raphael vorgetragenen These, für die Zeit „nach dem Boom“ seien neue Begriffe notwendig, um die veränderte soziale Wirklichkeit angemessen beschreiben zu können. Die drei hier untersuchten Komposita traten jeweils schon während der Jahre des Booms auf, verschwanden danach aber nicht, ja erlebten im Falle von ‚Zwangsarbeiter‘ und ‚Mitarbeiter‘ erst danach ihre Blütezeit. Wie veränderten sie sich über diese Epochenschwelle hinweg? Und brauchen wir den Arbeiterbegriff „nach dem Boom“ überhaupt noch?

11.1 ‚Gastarbeiter‘ und die (Neu)Ordnung der Welt

‚Gastarbeiter‘ traf man vor allem zwischen 1971 und 1975 häufiger im Spiegel an, und damit genau in dem Jahrfünft, in dessen Mitte die Regierung Brandt den Anwerbestopp verkündete¹. Dieser Befund passt zur Beobachtung Martin Wengeler, wonach ‚Gastarbeiter‘ lediglich „bis zur Mitte der 70er Jahre [...] die primäre Bezeichnung der in Deutschland lebenden und arbeitenden ausländischen Menschen“² war. Ganz aus dem Spiegel verschwand der Begriff aber nicht, vielmehr lassen sich Häufungen zu Beginn und am Ende der 1980er Jahre, Mitte der 1990er Jahre sowie im Jahr 2005 erkennen, wenn auch auf niedrigerem Niveau. Im deutschsprachigen Korpus von Google N-Gram erreicht die Kurve sogar erst 1985 ihren Höhepunkt, wobei der Wert für die Verwendungshäufigkeit in jenem Jahr den der vorangegangenen Dekade fast um das Doppelte übertrifft. Danach weist die Kurve zwar stetig nach unten, erreicht aber erst 2001 das Niveau des Jahres 1971, auf dem die Kurve bis 2009 verharret, um erst dann weiter zu sinken³. Diese Weiterverwendung des Begriffs bis in die jüngste Vergangenheit ist erklärungsbedürftig. Immerhin handelt es sich beim ‚Gastarbeiter‘, anders als beim ‚Arbeitnehmer‘, um keinen regierungsamtlichen⁴, sondern um einen höchst „kontroversen“⁵ Begriff, der noch dazu eng an das Konzept des modernen Industriestaats gekoppelt war⁶, das seinerseits im Verlauf der 1970er Jahre seine Prägekraft einzubüßen begann.

Ein erster Erklärungsansatz für die andauernde Begriffsverwendung findet sich in einer späteren Arbeit Martin Wengeler. Die Ablösung der mit dem Gastarbeiterbegriff operierenden „Diskussionen um Zuwanderungsbegrenzung und Integrationsmaßnahmen“ durch die „Debatte um das Asylrecht“, die sich um die Begriffe Ausländer und Flüchtlinge drehte, datierte Wengeler auf die erste Hälfte der 1980er Jahre⁷. Warum verschwand der Begriff aber auch später nicht? Christian Ulbricht stellte nach Auswertung der Berichterstattung deutscher Leitmedien der Jahre 2008 bis 2014 gar eine „Renaissance des Begriffs *Gastarbeiter*“ fest. Im Mittelpunkt stand dabei das Phänomen der „neuen Gastarbeiter“, das die Medien mit explizitem Bezug auf die Gastarbeiterpolitik der 1960er und 1970er Jahre aushan-

1 Vgl. Herbert, Geschichte der Ausländerpolitik, S. 202–229.

2 Vgl. Wengeler, Multikulturelle Gesellschaft, S. 717.

3 Vgl. Google N-Gram, <https://books.google.com/ngrams/graph?content=gastarbeiter&year_start=1950&year_end=2010&corpus=31&smoothing=3#> (20.06.2023).

4 Vgl. Heike Knortz, Diplomatische Tauschgeschäfte. „Gastarbeiter“ in der westdeutschen Diplomatie und Beschäftigungspolitik 1953–1973, Köln/Weimar/Wien 2008, S. 20.

5 Vgl. Wengeler, Multikulturelle Gesellschaft.

6 Vgl. Kapitel 2.2.5.

7 Vgl. Wengeler, Topos und Diskurs, S. 443 (Zitat), 446.

delten⁸. Somit vereinte der Gastarbeiterbegriff nun die Aushandlung gegenwärtiger wie auch die retrospektive Auseinandersetzung mit vergangener Arbeitsmigration, während letztere Funktion in der alten Bundesrepublik noch dem Fremdarbeiterbegriff vorbehalten war. Mich interessiert im Folgenden aber vor allem die synchrone Dimension des Begriffs. Inwiefern vermitteln die ‚Gastarbeiter‘ den Deutschen noch immer eine Vorstellung der (Neu)Ordnung der Welt? Und braucht man nicht doch einen neuen Begriff, wenn ‚Gastarbeiter‘ von vielen als so problematisch angesehen wird, dass er bisweilen nur noch in Anführungszeichen gebraucht wird⁹?

11.1.1 ‚Gastarbeiter‘ und der Abschied vom modernen Industriestaat

Erinnern wir uns: Ende der 1960er Jahre legitimierte das bundesrepublikanische Selbstverständnis, ein „moderner Industriestaat“ zu sein, die Anwerbung von Gastarbeitern, und deren Anwesenheit bestätigte im Gegenzug, dass es sich beim Gastland tatsächlich um einen „modernen Industriestaat“ handelte. Im Verlauf der 1970er Jahre erschienen aber Berichte im Spiegel, die Zweifel an diesem Junktum weckten. 1971 vermeldete das Magazin, dass nun auch die DDR als erster Ostblockstaat „Gastarbeiter“ in nennenswerter Zahl beschäftigte¹⁰, 1982 folgte ein Bericht über Arbeiter aus Vietnam, Nordkorea, Bulgarien und der DDR, die in der Sowjetunion tätig waren¹¹. Auch wenn diese beiden Staaten ein konträres Gesellschaftsmodell verfolgten, waren sie doch wie die Bundesrepublik zweifelsohne Industriestaaten. Die Entsendung afrikanischer „Gastarbeiter“ ins sozialistische Kuba im Jahr 1978 ließ sich dagegen nicht so einfach unter das Konzept des modernen Industriestaats subsumieren¹², sie passte eher zu Meldungen aus anderen Weltregionen. 1975 nutzte der Iran seine aus dem Ölexport stammenden Devisen, um mithilfe südkoreanischer Arbeiter die Industrialisierung seiner Wirtschaft voranzutreiben¹³. Fünf Jahre später konkurrierten Chinesen und Taiwanesen um

⁸ Christian Ulbricht, Ein- und Ausgrenzungen von Migranten. Zur sozialen Konstruktion (un-)erwünschter Zuwanderung, Bielefeld 2017, S. 102 (H. i. O.), 127.

⁹ Vgl. etwa Abelshauser, Wirtschaftsgeschichte, S. 315 oder Raphael, Jenseits von Kohle, S. 302. Dagegen ohne Anführungszeichen: Herbert, Geschichte Deutschlands, S. 889.

¹⁰ Vgl. o. V., Zeitweilig beschäftigt, in: Der Spiegel 25–32 (1971), S. 36–37.

¹¹ Vgl. o. V., Gastarbeiter in der UdSSR, in: Der Spiegel 36–25 (1982), S. 15.

¹² Vgl. o. V., Gastarbeiter nach Kuba, in: Der Spiegel 32–26 (1978), S. 19.

¹³ Vgl. o. V., Gastarbeiter aus Korea, in: Der Spiegel 29–5 (1975), S. 64 sowie o. V., Gastarbeiter nach Persien, in: Der Spiegel 29–13 (1975), S. 17.

Gastarbeiterstellen in Arabien¹⁴, und bis 1990 waren ägyptische Arbeiter im Irak tätig¹⁵. Schon 1978 konnte der Spiegel vermelden, dass Gastarbeiter in den Ölstaaten einen höheren Anteil unter den Erwerbstätigen stellten, als dies in der Bundesrepublik jemals der Fall gewesen sei¹⁶. Allein die Tatsache, Gastarbeiter zu beschäftigen, taugte kaum noch als Distinktionsmerkmal für die westlichen Staaten, zumal diese das Stadium der aktiven Anwerbung schon hinter sich gelassen hatten. Es ist eine aufschlussreiche Koinzidenz, dass die Bundesregierung ihren Anwerbestopp ebenso im Jahr 1973 anordnete wie Daniel Bell „the coming of post-industrial society“ ankündigte¹⁷.

Eine kritische Revision des historischen Ortes der ‚Gastarbeiter‘ unternahm 1976 der baden-württembergische Ministerpräsident Hans Filbinger. Er stellte die bundesdeutsche Entscheidung, überhaupt Gastarbeiter zu beschäftigen, rückblickend als einen Irrweg dar¹⁸. Wirtschaftlichen Fortschritt, so Filbinger, hätten die Deutschen auch aus eigener Kraft erreichen können, sofern sie sich nur mehr angestrengt hätten. Als Beleg seiner These diente ihm Japan, das diesen Weg beschritten habe¹⁹. Dieser Verweis wog umso mehr, als Japan damals immer mehr zum Vorreiter fortschrittlicher Produktionsmethoden und innovativer Technologien wurde²⁰.

Vor diesem Hintergrund wuchs dem Gastarbeiterbegriff die Bedeutung der Entwicklungshilfe zu, und zwar in doppelter Hinsicht. Schon früher wurde die Beschäftigung von Arbeitsmigranten als Entwicklungshilfe für die Entsendeländer gedeutet, da ein Großteil der von den Gastarbeiterinnen und Gastarbeitern in den Industrieländern erwirtschafteten Lohnsumme als Devisen in ihre Heimatländer zurückfloss und sie selbst nach ihrer Rückkehr ihre erworbenen Kompetenzen in den heimischen Produktionsprozess einzubringen versprochen²¹. In den Ölstaaten leisteten die fremden Arbeiterinnen und Arbeiter nun aber auch für ihr Gastland Entwicklungshilfe. Gastarbeiter anzuwerben und zu beschäftigen konnte seither

14 Vgl. o. V., Chinas Gastarbeiter, in: Der Spiegel 34–14 (1980), S. 16 sowie o. V., Die Chinesen kommen, in: Der Spiegel 34–30 (1980), S. 16.

15 Vgl. o. V., Eigenhändig erwürgen, in: Der Spiegel 44–41 (1990), S. 175–176.

16 Vgl. o. V., Jäher Wandel, in: Der Spiegel 32–44 (1978), S. 200–203, hier S. 201.

17 Vgl. Bell, Nachindustrielle Gesellschaft.

18 Auch der Wirtschaftshistoriker Werner Abelshauser kritisierte die Anwerbung von Arbeitsmigranten rückblickend als „Erhaltungssubvention für alte Industrien.“ Abelshauser, Wirtschaftsgeschichte, S. 425.

19 Vgl. o. V., Gastarbeiter – ab nach Hause?, in: Der Spiegel 30–9 (1976), S. 31–32.

20 Vgl. Raphael, Jenseits von Kohle, S. 385.

21 Vgl. zum „Entwicklungshilfe-Topos“ Wengeler, Topos und Diskurs, S. 360. Im Spiegel wurde diese Argumentation schon frühzeitig mit Verweis auf die negativen Folgen für die Entsendeländer abgelehnt. Vgl. o. V., Gastarbeiter: Entwicklungshilfe für Reiche?, in: Der Spiegel 25–48 (1971), S. 138–151.

nicht mehr als Beleg der eigenen Fortschrittlichkeit gelten, sondern wurde zum Indikator für Rückständigkeit, ja Provinzialität, zumal die Ölstaaten laut Spiegel ihren Gastarbeitern grundlegende Rechte vorenthielten und sie unhaltbaren Lebens- und Arbeitsbedingungen aussetzten²². 1980 sah sich auch der Spiegel zu einer grundlegenden Neubewertung der Gastarbeiterthematik veranlasst:

Es sind keineswegs allein die reichen Industriestaaten, die wie Magneten auf Arbeitslose in den ärmeren Ländern wirken. Weil es auch innerhalb der Dritten Welt ein starkes Wohlstandsgefälle gibt, strömen zunehmend Arbeitskräfte von einem Entwicklungsland in das andere.²³

„Gastarbeiter“ waren nun zu einem relationalen, globalen Strukturmerkmal geworden. Durch die Abkoppelung vom Modell des modernen Industriestaats wurde der Gastarbeiterbegriff aus dem modernisierungstheoretischen Verlaufsdenken entlassen. Der Spiegel beurteilte die Arbeitsmigration nun als eine der „abstoßendsten Erscheinungen einer Weltwirtschaftsordnung, die den Gegensatz zwischen arm und reich immer größer werden läßt.“ Das wirkliche Problem erwuchs jedoch jenseits der moralischen Verwerflichkeit, denn die Entsendeländer entwickelten eine starke Abhängigkeit von den Devisenzahlungen ihrer migrierten Arbeiterinnen und Arbeiter. Geriete das Aufnahmeland in wirtschaftliche Schieflage, drohe eine „Kettenreaktion“²⁴. Die Ausführungen des Spiegels gipfelten in einem Zitat des damaligen Präsidenten der Weltbank, Robert McNamara, der die internationale Arbeitsmigration neben einem „Atombombenkrieg“ zum „für die Welt bedrohlichste[n] Problem“ erhob²⁵. „Gastarbeiter“ wurden damit zu einer geradezu apokalyptischen Gefahr mit systemsprengendem Potential, doch jenseits dieses recht abstrakten Bedrohungsszenarios verloren sie für die Bundesrepublik an Relevanz. Der „Gastarbeiter“ nahm Züge des *fremden Fremden* und damit des Ausgegrenzten an, er wies nun mehr Ähnlichkeit zu den Arbeiterinnen und Arbeitern im Ausland als zu den deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auf. Doch anders als die „Arbeiter“ im Ausland fielen die „Gastarbeiter“ nicht durch eigene *agency* auf, vielmehr traten sie allein als wirtschaftliche Ressource und Objekt der Ausbeutung in Erscheinung.

²² Vgl. o. V., Jäher Wandel, S. 202 f.

²³ O. V., Überaus zweischneidig, in: Der Spiegel 34–6 (1980), S. 164–166, hier S. 164.

²⁴ Ibid., S. 164–165.

²⁵ Zitiert nach ibid., S. 166.

11.1.2 ‚Gastarbeiter‘ zwischen Regionalisierung und Provinzialisierung

Mit dieser Globalisierung des Gastarbeiterbegriffs ging folglich die Möglichkeit seiner Regionalisierung einher, und aus dieser konnte er neue Bedeutung für die Bundesrepublik erlangen. Denn auch Deutsche tauchten im Spiegel nun als ‚Gastarbeiter‘ auf. Damit wiederholte sich, was sich schon beim Vorgängerbegriff vollzogen hatte. Gleich der erste Artikel aus der Rubrik „Fremdarbeiter“ hatte nämlich entgegen der im Dritten Reich vorherrschenden ethnischen Festlegung des Begriffs einen Deutschen portraitiert. Als „Fremdarbeiter“ in einem nordfranzösischen Bergwerk hatte es der Bäckergeselle aufgrund prekärer Lebens- und Arbeitsbedingungen jedoch nur drei Wochen ausgehalten. Als Tenor konnte man dem Bericht entnehmen, dass sich Deutsche für diese Art von Arbeit nicht eigneten. Gleichsam als Strafe, dass er laut eigener Aussage „auf die französischen Versprechungen hereingefallen“ war, erwartete ihn nach seiner Rückkehr in die Heimat die Arbeitslosigkeit. Ohne seine Fremdarbeitertätigkeit, so mutmaßte er selbst, wäre er dagegen schon zum Bäckermeister aufgestiegen²⁶.

Strukturelle Arbeitslosigkeit bildete dann auch den Hintergrund für die meisten Artikel, die ab 1980 über Deutsche als „Gastarbeiter“ berichteten. Bereits die Überschrift des ersten Berichts bereitete die Leserschaft auf die ungewohnte Konstellation vor: „Wir sind die Gastarbeiter“. Punkt für Punkt listete der Artikel auf, was dies bedeutete: Arbeit im Ausland, Ablehnung seitens der Einheimischen, Leben in „Gettos“ „[w]ie die Türken in Berlin-Kreuzberg“, Schwierigkeiten mit landestypischen Gesetzen, lange Arbeitstage – und der Kontakt zu einheimischen Frauen sei unerwünscht. In einem wesentlichen Punkt erwiesen sich die Deutschen jedoch als atypische ‚Gastarbeiter‘: „Der Unterschied liegt in der Null vor dem Komma.“ Der Artikel handelte nämlich von deutschen Experten, die in Saudi-Arabien einen Flughafen errichteten²⁷.

Kokettierte der Autor hier noch mit dem Rollentausch, dominierten in späteren Berichten andere Bedeutungsdimensionen des Gastarbeiterbegriffs: wirtschaftliche Not, Ausbeutung, Bewährung. 1984 schlug der niedersächsische Kultusminister Georg-Berndt Oschatz vor, arbeitslose Lehrer ein Jahr lang an Schulen in den USA arbeiten zu lassen. Der karge Lohn von 12 000 Dollar sollte durch die Anerkennung des Auslandsaufenthalts „als zusätzliches Qualifikationsmerkmal“ aufgewertet werden. Überhaupt sei es die „Nagelprobe für die Mobilitätsbereitschaft junger deutscher Lehrer“²⁸. Der Gastarbeiterbegriff wurde so erneut als Mittel eingesetzt,

26 Vgl. o. V., Haben Sie keine Angst, in: Der Spiegel 4–10 (1950), S. 31. Der Spiegel merkte nur nebenbei an, dass es in Frankreich auch bessere Arbeitsplätze für Deutsche gebe.

27 Vgl. Joachim Preuß, Wir sind die Gastarbeiter, in: Der Spiegel 34–11 (1980), S. 86–87.

28 Vgl. o. V., 12 000 Minimum, in: Der Spiegel 38–20 (1984), S. 113–117, hier S. 116 f.

um die Deutschen auf eine veränderte Realität einzustellen, die nun neoliberale Züge trug²⁹. Gleichwohl konnte eine solche Verwendung des Gastarbeiterbegriffs immer auch als ironischer Kommentar gelesen werden, zumal der Artikel mit einem Ausblick auf das nächste Vorhaben des Kultusministers endete. Oschatz plane, Berufsschullehrer nach Simbabwe zu schicken³⁰. Ohne weitere Erklärung erschloss sich die Plausibilität dieses Vorschlags kaum, zumal er eher koloniale Anklänge oder die Vorstellung von Entwicklungshilfe evozierte.

Eine aufschlussreiche Verschiebung brachte ein Artikel, der mithilfe des Gastarbeiterbegriffs innerdeutsche Disparitäten kartographierte. Jugendliche aus Norddeutschland und Nordrhein-Westfalen kamen, so berichtete der Spiegel 1985, nun als innerdeutsche „Gastarbeiter“ nach Süddeutschland, um dort eine Lehre zu machen. Wie die klassischen Gastarbeiter lebten sie in Wohnheimen, in denen Frauenbesuche untersagt waren. Überdies kostete sie die Miete fast ihren gesamten Lohn. Im Gegensatz zu den früheren Gastarbeitern waren die Jugendlichen daher nicht in der Lage, ihren Familien Geld zu überweisen, vielmehr waren sie selbst auf monetäre Zuwendungen seitens ihrer Angehörigen angewiesen. Anders als im Fall der arbeitslosen Lehrer tauchte in diesem Artikel nicht das Bewährungsnarrativ als Rechtfertigung für die Lage der Lehrlinge auf. Stattdessen zitierte das Hamburger Magazin einen Mitarbeiter des Stuttgarter Arbeitsamtes, der ihre gesteigerte „berufliche Mobilität“ als Resultat eines solch großen „Leidensdruck[s]“ wertete, „daß die Eltern [...] bereit sind, ihre Kinder wegzugeben“. Betroffen waren laut Spiegel „Problemgebiete[] wie im Kohlenpott und in den Hansestädten“³¹, also Orte der klassischen Industriezweige Bergbau, Stahlerzeugung und Schiffsbau³². Was hier mit dem Gastarbeiterbegriff drastisch zum Ausdruck gebracht wurde, war die Provinzialisierung der einstigen Montanregionen. Damit wurde zugleich die modernisierungstheoretische Erwartung, in der Bundesrepublik eine „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“ herstellen zu können, zugunsten einer differenzierenden Perspektive aufgegeben³³.

Diese Provinzialisierung bestimmter Regionen Deutschlands prägte die Verwendungsweise des Gastarbeiterbegriffs im Spiegel auch nach 1990. Nun waren mit „Ossis“, die als Gastarbeiter in Erscheinung traten, nicht mehr wie 1985 Ostfriesen

29 Zum Neoliberalismus innerhalb der niedersächsischen Landesregierung vgl. Führer, Gewerkschaftsmacht, S. 486.

30 Vgl. o. V., 12 000 Minimum, S. 117.

31 Vgl. o. V., Bauern wie Popper, in: Der Spiegel 39–41 (1985), S. 115–117 (Zitate auf S. 115).

32 Zur Zunahme regionaler Unterschiede vgl. Raphael, Jenseits von Kohle, S. 477f.

33 Vgl. Wolfgang Kahl, „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ unter dem Grundgesetz. Eine kritische Analyse, Heidelberg 2016, S. 18 ff.

gemeint³⁴, sondern Ostdeutsche. Interessanterweise hatte sich diese Konstellation noch zu Zeiten der Systemkonkurrenz angebahnt. 1983 waren Bauarbeiterkolonnen der DDR in Tübingen und anderswo im Einsatz, um Devisen für Ost-Berlin zu erwirtschaften. Auch sie entsprachen dem klassischen Bild der schwer und lange arbeitenden, genügsamen Gastarbeiter. Und auch sie wurden nicht nur von westdeutschen Firmen ausgebeutet, sondern es „verdienen vor allem die DDR-Außenhandelsfunktionäre an der Arbeitskraft ihrer Landsleute.“³⁵ Solche staatlichen Vermittlungspraktiken auf Kosten der Gastarbeiter wandten zu dieser Zeit vor allem aufstrebende ostasiatische Länder wie die Volksrepublik China und Ölstaaten wie Saudi-Arabien an. Ebenfalls 1983 urteilte der Spiegel darüber: „Doch was die Internationale Arbeitsorganisation [...] beschönigend ‚Wanderarbeitnehmer‘ nennt, ist in Wahrheit ein Menschenhandel großen Stils“³⁶. Abgesehen von der ideologischen Verfänglichkeit, die diese Aussage für einen sozialistischen Staat darstellen musste, konnte die DDR nun kaum noch Gleichrangigkeit gegenüber der Bundesrepublik beanspruchen.

Der Topos der provinziellen Zurückgebliebenheit Ostdeutschlands entfaltete sich nach der Wiedervereinigung noch weiter. Selbst am Ende des Untersuchungszeitraums trat dieser Aspekt nochmals in einem Artikel zutage. Der Spiegel-Autor Andreas Wassermann beschrieb darin das Aufeinandertreffen italienischer „Gastarbeiter“ mit den in der Uckermark ansässigen Menschen. Aus dieser klassischen Konstellation entwickelte Wassermann nun aber ein neues Narrativ, denn er erzählte seine Geschichte letztlich aus der Perspektive der Gastarbeiter. Bei ihnen handelte es sich um Facharbeiter mit dem klar begrenzten Auftrag, eine Gaspipeline zu errichten. Diese höchst mobilen Experten trafen auf Menschen, die in den Augen der Italiener ein hinterwäldlerisches Leben führten, nicht einmal Englisch sprachen und anscheinend lieber von Hartz IV lebten als einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Wenn am Ende des Artikels die deutsche Vermieterin über ihre italienischen Gäste urteilte, diese seien „doch sehr zurückgezogen“³⁷, so führte Wassermann damit die nicht vorhandene Reflexionsfähigkeit der Einheimischen vor Augen. Die eigentlichen Fremden waren nicht die Gastarbeiter, sondern die Bewohner der mecklenburgischen Provinz, wie bereits Christian Ulbricht festgestellt hat³⁸.

Dass aber nicht nur bestimmte Regionen Deutschlands zur Provinz geworden waren, sondern auch die führende globale Stellung der Bundesrepublik auf dem

34 O. V., Bauern wie Popper, S. 115.

35 Vgl. o. V., Wie Bronneputzer, in: Der Spiegel 37–47 (1983), S. 97–99 (Zitat).

36 Vgl. o. V., Kosten senken, in: Der Spiegel 37–38 (1983), S. 182–186, hier S. 184.

37 Vgl. Andreas Wassermann, Einmarsch der Italiener, in: Der Spiegel 64–39 (2010), S. 84.

38 Vgl. Ulbricht, Ein- und Ausgrenzungen, S. 159, 222.

Spiel stand, zeigte ein instruktiver Artikel aus dem Jahr 1995. Was der Autor darin schilderte, bewegte sich zunächst weitgehend im Rahmen des Bekannten. Siemens stelle seit 22 Jahren Mikrochips in Malaysia her, um „von den Billiglöhnen der Gastarbeiter“ zu profitieren. Auch die beschriebenen Lebens- und Arbeitsbedingungen entsprachen dem bekannten Bild: Die indonesischen Arbeiterinnen seien in bewachten Wohnanlagen kaserniert, müssten mitunter jeden Tag arbeiten, um überhaupt Geld zu sparen, da sie einen unverhältnismäßig großen Anteil ihres Lohnes an ihre Arbeitsvermittler abzutreten hätten, und Siemens habe ihnen illegalerweise die Reisepässe abgenommen³⁹. Ungewöhnlich war die Rolle der Malaysier. Sie waren im Siemens-Werk als Ingenieure tätig und verfügten als solche über das technische Knowhow. Deutsche Ingenieure, die in der neuen Chipfabrik in Dresden eingesetzt werden sollten, wurden nach Südostasien geschickt, um von ihnen zu lernen – „eine Art Entwicklungshilfe mit umgekehrten Vorzeichen“, wie der Autor bemerkte. Auch die Deutschen waren im Grunde Gastarbeiter in Malaysia, ohne dass der Spiegel sie so bezeichnete. Ihr Aufenthalt dort war zwar nicht monetären Zwängen geschuldet, doch standen sie in einem wissensbasierten Abhängigkeitsverhältnis zu ihren malaysischen Gastgebern. Für Siemens war Deutschland mit Blick auf die Zukunftstechnologie eine einzige Provinz, die man mit wenigen Stellen bedachte, während der Expansionskurs auf der anderen Seite der Welt forciert wurde⁴⁰. Die doppelte Ironie der Geschichte lag darin, dass diese europäische Provinz weiterhin über ihre Großkonzerne von der Ausbeutung klassischer Gastarbeiterinnen in Asien profitierte und dass Siemens innerhalb Deutschlands ausgerechnet die ostdeutsche Provinz als Standort einer Zukunftstechnologie ausgewählt hatte.

Der Gastarbeiterbegriff stimmte die Deutschen folglich nicht nur auf die globalisierte Welt ein. Er stellte zugleich die Koexistenz alter und neuer Formen von Arbeitsmigration, Abhängigkeiten und Ausbeutung als Merkmal der globalisierten Ordnung heraus und machte deutlich, wie schnell nun Zentren provinzialisiert und Provinzen zentralisiert werden konnten.

11.1.3 ‚Gastarbeiter‘ und die „neue Ordnung auf dem alten Kontinent“

Der Spiegel zeichnete mit dem Gastarbeiterbegriff nicht nur die globalen Veränderungen⁴¹ nach. Seit Ende der 1980er Jahre relativierte die fortschreitende Euro-

³⁹ Vgl. o. V., Hinter Gittern, in: Der Spiegel 49–39 (1995), S. 144–147 (Zitat).

⁴⁰ Vgl. *ibid.*, S. 147.

⁴¹ Das Zitat aus der Überschrift stammt aus: Ther, Neue Ordnung.

päisierung die nationalstaatlichen Grenzen weiter, wie sich auch die Lebens- und Arbeitsverhältnisse „nach dem Boom“ veränderten. Auch nach dem Anwerbestopp migrierten Menschen aus ökonomischen Gründen in die Bundesrepublik. Die neuen Arbeitsmigranten kamen nicht mehr nur aus dem Süden, sondern vermehrt aus dem Osten. Dennoch wurden zunächst auch sie vor dem Hintergrund der Erfahrungen beurteilt, die man mit den ersten „Gastarbeitern“ gemacht hatte⁴². So führte der Spiegel-Autor Matthias Schulz 1994 in einem pejorativen Unterton aus:

Sie kommen zwar in Scharen, doch dann versickern sie gleichsam in der bundesdeutschen Gesellschaft – irrlichternde Existenzen ohne Anhang, stets auf dem Sprung. Anders als Türken oder Jugoslawen, die sich mit ihren Sippen in bestimmten Vierteln geballt niederließen, bleiben die unsteten Ost-Immigranten weitgehend unsichtbar, ein Heer von Einzelgängern, das ständig unterwegs ist.⁴³

Die neuen „Gastarbeiter“ zeichneten sich folglich durch ihre Unsichtbarkeit aus, auf ihre Befremdlichkeit musste erst explizit hingewiesen werden. Sie entbehrte zudem jeder Bedrohlichkeit, da „ein Heer von Einzelgängern“ keine Schlagkraft entfalten kann, zumal, wenn seine Angehörigen „stets auf dem Sprung“ sind. Im weiteren Verlauf des Artikels stellte Schulz denn auch auf ein ganz anderes Problem ab. Bei den neuen Gastarbeitern handele es sich um „Lohnsklaven“ und „Heloten“⁴⁴. Diese Kritik machte deutlich, dass der Gastarbeiterbegriff noch immer mit dem Anspruch auf Arbeitnehmerrechte verknüpft war – womöglich mehr als der Arbeiterbegriff selbst. Denn während diesem seit Karl Marx die Bedeutung des „doppelt freien Lohnarbeiters“ eingeschrieben ist, entstand der Gastarbeiterbegriff zu einer Zeit, als der Arbeitnehmerstatus rechtlich gesichert und im Ausbau begriffen war, und überdies als expliziter Gegenentwurf zum Fremdarbeiterbegriff⁴⁵. Der Arbeiterbegriff wiederum erfuhr spätestens nach der Jahrtausendwende eine deutliche Prekarisierung, wie ein Bericht vom „illegalen Arbeiterstrich“ in Berlin verdeutlichte, auf dem sich „auch Deutsche als Tagelöhner“, wie es in der Überschrift plakativ hieß, „[w]ie ein Stück Fleisch“ verkaufen mussten⁴⁶. Passenderweise trat der Arbeiterbegriff nun auch öfters in Form der Komposita „Leiharbeiter“ und „Zeitarbeiter“ in Erscheinung⁴⁷.

⁴² Vgl. Ulbricht, Ein- und Ausgrenzungen, S. 34.

⁴³ Vgl. Matthias Schulz, Völkerwanderung am Freitag, in: Der Spiegel 48–47 (1994), S. 54–60, hier S. 55.

⁴⁴ Ibid., S. 55, 59.

⁴⁵ Vgl. Schönwälder, Einwanderung, S. 169 f.

⁴⁶ Markus Deggerich, „Wie ein Stück Fleisch“, in: Der Spiegel 60–52 (2006), S. 32–33, hier S. 33.

⁴⁷ Vgl. etwa Dinah Deckstein/Sebastian Ramspeck/Janko Tietz, Schnell rein, schnell raus, in: Der Spiegel 61–1 (2007), S. 58–60, Nina Bovensiepen/Janko Tietz, „Moderne Sklaverei“, in: Der Spiegel 62–

Wie ging der Spiegel mit dieser doppelten Entwicklung – neue Gruppen von Arbeitsmigranten, Prekarisierung der Arbeit in der Bundesrepublik – begrifflich um? Ein interessanter Bericht stammt aus dem Jahr 1993. Er behandelte eine ganz besondere Gruppe von Arbeitsmigranten unter dem Gastarbeiterbegriff: Profisportler. Damals waren noch keine hochbezahlten Fußballstars gemeint, denn von der „neue[n] Gastarbeiterwelle“ profitierten eher Randsportarten. Nicht alle dieser Migranten konnten sich wie die porträtierte „Volleyball-Facharbeiterin“ aus Litauen mit ihrem Sport ihren Lebensunterhalt verdienen. Einige bestritten ihr „Auskommen [...] mit Schwarzhandel und Schiebereien“, doch entfaltete der Spiegel-Autor auch hieraus kein Bedrohungsszenario. Vielmehr verglich er die Betroffenen mit qualifizierten „Montagearbeitern, die in der Nordsee eine Bohrrinsel oder in einem Scheichtum einen Flughafen bauen“, um so für Verständnis zu werben⁴⁸. Diese Aufwertung der ‚Gastarbeiter‘ erforderte zudem, gesamtgesellschaftliche Probleme sichtbar zu machen. Im Verhalten der Verbände erkannte das Magazin Ausländerfeindlichkeit⁴⁹, und auch auf Vereinsebene konterkarierte „subtiler Rassismus“ die Integration der ausländischen Spieler⁵⁰.

Ein solch privilegierter Gastarbeiterbegriff fand für die osteuropäischen Arbeiterinnen und Arbeiter im Spiegel nach 2000 kaum noch Verwendung⁵¹. Dies war insofern folgerichtig, als diese Menschen nicht im Zuge eines bilateralen Anwerbeabkommens in die Bundesrepublik kamen. Ganz im Gegenteil: „Eine Klausel im EU-Recht macht die Bundesrepublik zum Billiglohnland. Firmen feuern deutsche Arbeiter und heuern osteuropäische an – zu Dumpingpreisen.“⁵² Diese Aussage ruft die Zustände in den frühen 1960er Jahren in Erinnerung, als jugoslawische Arbeitsmigranten ohne Wissen und Zutun der Bundesregierung nach Westdeutschland gekommen waren⁵³. Verglichen zu damals hatte die neue Migrationswelle jedoch andere Ausmaße, wie der Spiegel immer wieder beklagte: „Osteuropäer verdrängen massenhaft deutsche Arbeitnehmer.“⁵⁴ Sie arbeiteten oft illegal, nicht selten als Scheinselbständige, sie konnten daher keinerlei Rechte geltend machen

49 (2008), S. 94–97 sowie Markus Dettmer/Janko Tietz, Grenzen nach unten, in: Der Spiegel 64–3 (2010), S. 64.

48 Vgl. o. V., „Stets billiger, meistens besser“, in: Der Spiegel 47–1 (1993), S. 142–146, hier S. 142–144.

49 Vgl. o. V., Artenschutz für Talente, in: Der Spiegel 48–3 (1994), S. 140–142.

50 Vgl. o. V., Heilige und Sündenböcke, in: Der Spiegel 49–16 (1995), S. 168–173, Zitat auf S. 168.

51 Auch Christian Ulbricht kam in seiner Untersuchung zum Ergebnis, dass ab 2008 vornehmlich südeuropäische Arbeitsmigranten als „neue Gastarbeiter“ bezeichnet wurden, während die Migration von Osteuropäern als „Armutszuwanderung“ registriert wurde. Vgl. Ulbricht, Ein- und Ausgrenzungen, S. 98.

52 Markus Deggerich, Der Osten kommt, in: Der Spiegel 59–7 (2005), S. 32–35, hier S. 32.

53 Vgl. Kapitel 2.2.5.

54 Markus Deggerich, „Hier geht die Angst um“, in: Der Spiegel 59–8 (2005), S. 85–88, hier S. 85.

und wurden entsprechend häufig von den Vermittlerfirmen um ihren Arbeitslohn betrogen. Auch galten für sie weder Arbeitsschutz noch geregelte Arbeitszeiten. Der Spiegel verwendete für sie neben der recht pejorativen Bezeichnung „Billigarbeiter“⁵⁵ den auf den ersten Blick unverfänglichen Begriff „Wanderarbeiter“⁵⁶. Dieser Begriff brachte die Ziel- und Ruhelosigkeit – oft zogen diese Arbeiter von Baustelle zu Baustelle – ebenso treffend zum Ausdruck wie die Tatsache, dass sie vollkommen auf sich gestellt waren. Interessanterweise gab es noch eine zweite Gruppe, die das Hamburger Magazin unter den Wanderarbeiterbegriff fasste, nämlich chinesische Binnenmigranten. Auch sie waren weitgehend entrechtet, auch sie arbeiteten fern der Heimat⁵⁷. Da sie trotz allem noch in ihrem Heimatland ihre Arbeit verrichteten, lag der Verzicht auf den Gastarbeiterbegriff auch in ihrem Fall nahe. Wenn nun aber ausgerechnet chinesische und osteuropäische Arbeitsmigranten in einem Begriff zusammengefasst wurden, erinnert dies an den marxistischen Topos der „asiatischen Produktionsweise“, welcher später genutzt wurde, um Osteuropa zu asiatisieren und damit zu enteuropäisieren⁵⁸. Auch für den Spiegel war das Phänomen der ‚Wanderarbeit‘ nicht mit den europäischen Werten zu vereinbaren, wodurch er den Wanderarbeitern *nolens volens* die Rolle von „unerwünschten Immigranten“ zuschrieb⁵⁹.

Was sich hier beobachten lässt, ist eine interessante Wiederkehr der Geschichte. In den späten 1960er Jahren führte der Zuzug der Arbeitsmigranten zu einer „Unterschichtung“ der deutschen Arbeiterschaft, welche dadurch in bessere Positionen aufrücken konnte⁶⁰. Dieser sozialgeschichtliche Vorgang wiederholte sich nun auf begrifflicher Ebene. Nun waren es Komposita wie ‚Billigarbeiter‘ und ‚Wanderarbeiter‘, die zu einer Unterschichtung des Gastarbeiterbegriffs führten. Jetzt erst traten auch Bundesdeutsche als vollwertige ‚Gastarbeiter‘ in Erscheinung: Wie die erste Gastarbeitergeneration verließen sie ihre Heimat, um im Ausland besser entlohnt zu werden, auch wenn sie dafür manchmal ihren erlernten Beruf

55 Vgl. o. V., Streit um Billigarbeiter, in: Der Spiegel 48–23 (1994), S. 87. Diese Begrifflichkeit scheint aus der Perspektive der deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter sowie der Gewerkschaften zu stammen.

56 Vgl. Sonja Vukovic, Billig, willig – und weitgehend wehrlos, in: Der Spiegel 61–14 (2007), S. 28–29 sowie Janko Tietz, „Wir bauen Deutschland“, in: Der Spiegel 62–34 (2008), S. 66–70.

57 Vgl. Andreas Lorenz/Wieland Wagner, Billig, willig, ausgebeutet, in: Der Spiegel 59–5 (2005), S. 80–90 sowie Sandra Schulz, Nicht spucken!, in: Der Spiegel 63–9 (2009), S. 100.

58 Vgl. etwa Karl A. Wittfogel, Die orientalische Despotie. Eine vergleichende Untersuchung totaler Macht, Köln/Berlin 1962 [amerik. Orig. 1957].

59 Ulbricht, Ein- und Ausgrenzungen, S. 223.

60 Mooser, Arbeiterleben, S. 41.

aufgeben mussten. Und auch sie verglichen ihr Einkommen als Gastarbeiter mit dem in ihrer Heimat üblichen Lohnniveau, nicht mit dem des Gastlandes⁶¹.

Interessanterweise entfaltete der Spiegel nun auch eine neue Fortschrittserzählung, an deren Spitze sich die Bundesrepublik wiederum verorten konnte: „Der Export von Arbeitnehmern wäre eine dritte Bewegung, nachdem Jobs und Produktion bereits ins Ausland verlagert werden und die Türen für den Import billiger Arbeitskräfte seit der EU-Osterweiterung offen stehen.“⁶² Vor diesem Hintergrund erwiesen sich die, zumeist ostdeutschen, Gastarbeiter als „Pioniere“, da sie nicht nur Eigeninitiative zeigten, sondern weil sie mit der neuen Zeit gingen und, anders als der deutsche „Fremdarbeiter“ 1950, damit Erfolg hatten. Dies galt selbst dann, wenn sie dieser Weg, wie bei Tassilo Schlicht, nach Polen führte. Erneut waren es ‚Gastarbeiter‘, die den Deutschen die Bedeutung der Europäisierung vermittelten, wie der Spiegel wohlwollend vermerkte:

Manchmal, sagt Schlicht, habe es Bemerkungen gegeben. Ganz am Anfang. Wie weit es schon gekommen sei, dass jetzt Deutsche für Polen arbeiten müssten. Dumme Leute, sagt er. Die vermutlich selbst von Sozialhilfe lebten. Und nichts verstanden haben von Europa, von seinen Pionieren und von unscheinbaren Leuten aus Forst, die völlig zu Recht Tassilo heißen.⁶³

2005 konnte das Hamburger Magazin dann auch davon berichten, dass sich die deutsche Arbeitsverwaltung auf die neue Realität einzustellen begonnen hatte. Sie unterstützte nun auch diese Art von Arbeitsmigration, auch wenn die mentale Umstellung noch schwerfiel, wie ein Mitarbeiter der Bundesagentur für Arbeit erklärte: „Vielleicht müssen wir in Deutschland erst noch lernen, dass wir nicht nur Arbeitskräfte importieren, sondern auch selbst als ‚Gastarbeiter‘ ins Ausland gehen können.“⁶⁴ Es wäre interessant zu untersuchen, inwiefern die Erfahrung, dass auch immer mehr Deutsche als Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter tätig waren, zu der beschriebenen Privilegierung des Gastarbeiterbegriffs beigetragen hat.

61 Vgl. o. V., Nehmen, was man kriegen kann, in: Der Spiegel 52–18 (1998), S. 79–82, Thomas Schulz, „Wie im Ferienlager“, in: Der Spiegel 55–30 (2001), S. 46–48 sowie Julia Bonstein, Vom Plattenbau ins Paradies, in: Der Spiegel 59–16 (2005), S. 96–99. Während der Gastarbeiterbegriff in diesen Artikeln auf Handwerker und Beschäftigte im Dienstleistungssektor bezogen war, thematisierte ein Artikel auch die Migration junger Ärzte. Vgl. o. V., Gastarbeiter in Weiß, in: Der Spiegel 50–31 (1996), S. 48.

62 Bonstein, Vom Plattenbau ins Paradies, S. 98.

63 Alexander Smolczyk, Im Gegenverkehr, in: Der Spiegel 58–6 (2004), S. 90.

64 Zitiert nach: Bonstein, Vom Plattenbau ins Paradies, S. 98.

11.1.4 ‚Gastarbeiter‘, ‚Arbeiter‘, ‚Arbeitnehmer‘

Seit der ersten Nennung in den frühen 1960er Jahren hielt der Spiegel am Gastarbeiterbegriff fest. Dies ist ein überraschender Befund, wenn man sich die Problematisierung und Distanzierung vor Augen hält, die der Begriff spätestens nach der Jahrtausendwende an anderer Stelle erfahren hat. Und doch erfolgte die Begriffsverwendung im Hamburger Magazin keineswegs in naiver Weise. Sich der Geschichte und Geschichtlichkeit des Begriffs bewusst⁶⁵, nutzte der Spiegel ‚Gastarbeiter‘, um Irritationen hervorzurufen. Die Meldung aus den 1970er Jahren, dass ölexportierende Staaten Gastarbeiter einsetzten, erschütterte das Bild des modernen Industriestaats, zu dessen Signum Wirtschaftsvertreter den Einsatz von Gastarbeitern wenige Jahre zuvor erst erhoben hatten. Dass norddeutsche Jugendliche als Gastarbeiter nach Süddeutschland ziehen mussten, rief die Existenz eines regionalen Wohlstandsgefälles innerhalb der Bundesrepublik ins Bewusstsein der Deutschen. Dass auch Deutsche im Ausland als Gastarbeiter tätig werden mussten, machte den Leserinnen und Lesern klar, dass sie nun in einer globalisierten Welt lebten, in der alte Gewissheiten wie der Glaube an den linearen Fortschritt nicht mehr viel zählten. ‚Gastarbeiter‘ eröffneten den Deutschen folglich eine andere Sicht auf die Welt, als dies ‚Arbeiter‘ und ‚Arbeitnehmer‘ taten. ‚Arbeiter‘ stand für die *politische* Ordnung der Welt, insbesondere für die Welt des Kalten Krieges. ‚Arbeitnehmer‘ repräsentierten die *arbeits- und sozialrechtliche* Modernität und Fortschrittlichkeit der Bundesrepublik. Im Zusammenspiel schirmten ‚Arbeiter‘ und ‚Arbeitnehmer‘ die Bundesrepublik von der Welt ab, denn wofür auch immer Arbeiter im Ausland kämpfen mochten, hatten die bundesdeutschen Arbeitnehmer längst erreicht. Dagegen vermittelten die ‚Gastarbeiter‘ den Deutschen nicht nur das Konzept der Europäisierung, sondern auch die Vorstellung einer *politisch-ökonomischen* Weltordnung, geprägt von Interdependenzen.

Mit dem Ende der bipolaren Welt differenzierte sich auch das semantische Feld der migrantischen Arbeit weiter aus. Der Gastarbeiterbegriff wurde dadurch modifiziert, ohne für die Beschreibung dieser neuen Wirklichkeit obsolet zu werden. Diese Gefahr hatte am ehesten noch Ende der 1970er Jahre aufgrund seiner damaligen Verortung im Globalen Süden bestanden. Gerade die Thematisierung der unhaltbaren Lebensumstände in den Ölstaaten leitete womöglich die Aufwertung des Gastarbeiterbegriffs ein, denn Kritik an ihnen ließ sich nur üben, wenn der Gastarbeiterbegriff untrennbar mit Arbeitnehmerrechten verbunden war. Dass seit

⁶⁵ Diese Geschichte des Gastarbeiterbegriffs wurde auch immer wieder vom Spiegel selbstkritisch reflektiert. Vgl. o. V., Hausmitteilung, in: Der Spiegel 43–7 (1989), S. 3 sowie Daniel Steinvorth, Das bisschen Deutschland, in: Der Spiegel 64–43 (2010), S. 132.

den frühen 1980er Jahren auch die Erfahrungen, welche die Deutschen als Gastarbeiter im Ausland sammelten, mit in den Begriff einfließen konnten, trug womöglich ebenso zu seiner Aufwertung bei.

Als Beschreibungsbegriff bewahrte sich der Gastarbeiterbegriff durch seine enge Bindung an den Mobilitätsaspekt seine Relevanz. Dadurch eignete er sich auch „nach dem Boom“ als Indikator für Veränderungen, die aus der Europäisierung und Globalisierung erwuchsen. Dies hätte auch der Wanderarbeiterbegriff leisten können, doch zeigt gerade der Kontrast zwischen beiden Begriffen, wie wichtig das Festhalten an erfahrungsgesättigten Beschreibungsbegriffen ist. Denn im Gegensatz zu ‚Wanderarbeiter‘ etabliert der Gastarbeiterbegriff einen Anspruch auf eine angemessene Behandlung (unabhängig davon, ob sie in der Praxis je eingelöst wurde) und setzt die fremden Arbeiter in eine spezifische Beziehung zu dem Land, das von ihrer Arbeit profitiert, und den Menschen, die dort leben. Gibt man den Gastarbeiterbegriff auf, verliert man dieses kritische Potential. Problematisch ist folglich nicht die Weiterverwendung des Gastarbeiterbegriffs, problematisch ist, dass er auf bestimmte Gruppen aufgrund ihrer Herkunft keine Anwendung findet.

11.2 ‚Zwangsarbeiter‘

Betrachtete man ausschließlich den Zeitraum bis zum Ende des Kalten Krieges, wäre eine Behandlung des Zwangsarbeiterbegriffs nicht zwingend. In meinem – wohl unvollständigen – Sample finden sich lediglich neun Artikel, die vor 1990 erschienen sind. Bis Ende 1999 vervierfachte sich diese Zahl jedoch, allein 56 der insgesamt 78 Beiträge entfallen auf das Jahrzehnt zwischen 1997 und 2001. In dieser Zeit wurde das Kompositum ‚Zwangsarbeiter‘ zu einer der am häufigsten auftretenden Begriffsvarianten und prägte damit zusammen mit dem Mitarbeiterbegriff das Erscheinungsbild des ‚Arbeiters‘ im Spiegel.

11.2.1 Vom diachronen Faschismus- zum synchronen Totalitarismusbegriff ...

Der erste Artikel des Samples datiert aus dem Jahr 1964. Er ist im Grunde paradigmatisch für die spätere Begriffsverwendung, denn er thematisierte die Entschädigung früherer NS-Zwangsarbeiter. Zwar ging es damals noch ausschließlich um die Ansprüche jüdischer Geschädigter; doch enthielt der Artikel bereits eine Liste der deutschen Unternehmen, die von Zwangsarbeit profitiert hatten⁶⁶. Damit

⁶⁶ Vgl. o. V., Jüdische Zwangsarbeiter und ihre Dienstherrn, in: Der Spiegel 18–20 (1964), S. 61.

verband der Begriff die zeitgenössische Auseinandersetzung um Entschädigung mit einem historischen Sachverhalt, ohne diesen jedoch eingehend darzustellen.

Die nächsten Treffer sind nicht nur zeitlich weit von dieser ersten Verwendungsweise entfernt, sondern zumeist auch inhaltlich. Die in den Jahren 1975, 1981 und 1982 publizierten Artikel thematisierten Zwangsarbeit nicht mehr als historisches Phänomen⁶⁷, sondern schufen ein Bewusstsein für deren andauernde Aktualität. Wie hinsichtlich der NS-Zwangsarbeit wandte der Spiegel den Begriff ausschließlich auf nicht-demokratische Staaten an. So berichtete das Magazin etwa darüber, dass das südafrikanische Apartheidregime Angehörige der schwarzen Bevölkerungsmehrheit, die sich ohne Erlaubnis in Städten aufhielten, zur Strafe als „Zwangsarbeiter“ in Goldminen einsetzte⁶⁸. Es waren aber vor allem zwei Artikel aus den frühen 1980er Jahren, die ‚Zwangsarbeiter‘ synchron im Totalitarismus verorteten. Denn diese Beiträge hatten nicht nur die Zwangsarbeit sowjetischer Häftlinge zum Gegenstand, sondern erklärten unfreie Arbeit zu einem Charakteristikum, das die Sowjetunion seit Anbeginn geprägt habe. Besonders die Meldung, sowjetische „Zwangsarbeiter“ seien am Bau einer Gaspipeline von Sibirien nach Bayern beteiligt, war auch für die Westdeutschen brisant, erschienen sie doch erneut als Nutznießer dieser Art der Ausbeutung⁶⁹.

11.2.2 ... und zurück

Ab Mitte der 1980er Jahre trat dann die diachrone Verwendung von ‚Zwangsarbeiter‘ wieder in den Vordergrund, doch auch sie war für die Bundesdeutschen von Belang. Denn ‚Zwangsarbeiter‘ fungierte in doppelter Weise als ein Konfrontationsbegriff. Zunächst setzte eine historische Aufarbeitung ein, welche deutlich machte, wie bereitwillig, in welchem großem Ausmaß und mit welchem großem Nutzen die deutschen Vorzeigekonzerne im Dritten Reich „Zwangsarbeiter“ für sich schuften ließen. Auch wenn dabei zunächst das Verhalten der damaligen Wirtschaftsführer im Mittelpunkt der Problematisierung stand, wurde schon damals das brutale Verhalten der Meister gegenüber den ausländischen Arbeitskräften pub-

⁶⁷ Nur ein Artikel erwähnte NS-Zwangsarbeiter, in der Hauptsache ging es darin aber um die Rivalität zwischen Albert Speer und der SS. Vgl. o. V., Kautschuk aus Löwenzahn, in: Der Spiegel 35–13 (1981), S. 102–112.

⁶⁸ Vgl. o. V., Zwangsarbeiter, in: Der Spiegel 29–43 (1975), S. 21.

⁶⁹ Vgl. o. V., Dreckige Lüge, in: Der Spiegel 36–33 (1982), S. 94–96. Vgl. zudem o. V., Ehrliche Arbeit, in: Der Spiegel 35–40 (1981), S. 197–206.

lik⁷⁰. Die Deutschen wurden folglich immer wieder mit ihrer Vergangenheit und ihrer kollektiven wie individuellen Schuld konfrontiert⁷¹. Letzteres blieb jedoch ein Nebenaspekt. Erst Götz Aly erhob diese Tatsache in einem Spiegel-Artikel nach der Jahrtausendwende zum Hauptmerkmal der NS-Herrschaft⁷².

Von weit größerer Relevanz war der synchrone Aspekt der Konfrontation. Die früheren Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter kehrten gleichsam in der bundesrepublikanischen Gegenwart wieder. Denn je mehr das Wissen um dieses nationalsozialistische Verbrechen in das öffentliche Bewusstsein rückte, desto drängender wurde die Frage nach Entschädigungen für die Überlebenden. Die Bundesrepublik hatte den meisten von ihnen im Einklang mit dem Londoner Schuldenabkommen von 1953 jegliche Kompensation verwehrt und erst für die Zeit nach Abschluss eines Friedensvertrags in Aussicht gestellt. Dass mit den Grünen eine Partei, die erst Jahrzehnte nach dem Londoner Vertrag gegründet worden war, zur treibenden Kraft einer Entschädigung wurde⁷³, ist nicht überraschend. Die Grünen waren am wenigsten an die Staatsraison des Kalten Krieges gebunden, ja entstanden in mehrerer Hinsicht in Abgrenzung zu dessen die Politik strukturierender Logik⁷⁴.

Während es den Grünen dadurch gelang, einen direkten Zugang zur Geschichte der NS-Zwangsarbeit zu eröffnen und in die aktuelle politische Debatte einzuspeisen, verhielt es sich für die Betroffenen anders. Dieser Teil ihrer Biographie blieb als Stigma haften. Ganz ähnlich wie sozial aufgestiegene Arbeiter ihr ‚Arbeitersein‘ oft nur schwer ablegen konnten, vermochten auch die ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter ihre Geschichte nicht hinter sich zu lassen. Ihr früheres Schicksal als ‚Zwangsarbeiter‘ war für sie identitätsprägend. Um dies fassbar zu machen, schilderte der Spiegel immer wieder physische oder psychische Einschränkungen, unter denen die Überlebenden auch nach Jahrzeh-

70 Vgl. Jörg R. Mettke, „Die Herren nahmen nur die Kräftigsten“, in: Der Spiegel 40–15 (1986), S. 79–104 sowie o. V., Porsche und die Geheimsache „Kirschkerne“, in: Der Spiegel 41–16 (1987), S. 84–93.

71 Vgl. etwa Hans-Joachim Noack, Die gespaltene Stadt, in: Der Spiegel 51–52 (1997), S. 44–48, Wolfgang Bayer/Peter Wensierski, Im Dienste des Herrn, in: Der Spiegel 54–31 (2000), S. 52, Susanne Beyer/Ulrike Knöfel, „Verbrecherischer Ehrgeiz“, in: Der Spiegel 58–36 (2004), S. 156–160 sowie Jan Friedmann, Ehrlose Mädchen, in: Der Spiegel 64–3 (2010), S. 37.

72 Vgl. Götz Aly, Die Wohlfühl-Diktatur, in: Der Spiegel 59–10 (2005), S. 56–62.

73 Vgl. etwa o. V., Peinliches Kapitel, in: Der Spiegel 43–26 (1989), S. 32. Dem ersten Antrag der Grünen war eine entsprechende Entschließung des Europäischen Parlaments vorausgegangen. Vgl. o. V., „Um sich ein Grab zu kaufen“, in: Der Spiegel 43–37 (1989), S. 72–82, hier S. 75.

74 Vgl. Silke Mende, „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“. Eine Geschichte der Gründungsgrünen, München 2011.

ten noch litten⁷⁵. Für die Betroffenen barg der Zwangsarbeiterbegriff jedoch auch das Potential zur nachträglichen individuellen Ermächtigung. Dieses Potential korrespondierte gleichsam mit dem konfrontativen Potential, das der Begriff für die Deutschen bereithielt. Tatsächlich spielten die von den ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern angestregten Klagen eine entscheidende Rolle auf dem Weg zu einer Entschädigung aller Betroffenen⁷⁶.

Trotz dieser auf das Individuum abzielenden Begriffsfunktionen erweist sich ‚Zwangsarbeiter‘ in den Spiegel-Artikeln als ein eminent politischer Begriff, weil er erneut als entscheidende ökonomische Größe in Erscheinung trat. So stellten die Klagen die Kulisse dar, in welcher Vertreter aus Politik und Wirtschaft, Opferverbände und Anwälte nach Maßgabe der jeweiligen Nützlichkeitsabwägungen die Entschädigungsfrage bearbeiteten⁷⁷. Vertreter der deutschen Industrie wollten zunächst etwa keine Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus Osteuropa entschädigen. Ihrer Entscheidung lagen keine historischen Fakten zugrunde, sondern allein die rationale wie zynische Abwägung, dass ihnen lediglich in den USA durch Sammelklagen und drohenden Absatzeinbußen aufgrund des erwartbaren Imageverlusts empfindliche Kosten drohten⁷⁸. Auf der Gegenseite kämpften die US-Anwälte nicht allein um der Gerechtigkeit willen, sondern zugleich um lukrative Honorare⁷⁹. Für die Bundesregierung wiederum ging es bei den Entschädigungszahlungen nicht zuletzt um eine Neubestimmung des deutsch-amerikanischen Verhältnisses nach dem Ende des Kalten Krieges⁸⁰. Denn auch die US-Regierung war ein entscheidender Faktor bei der Lösung dieser Frage, erwarteten die deutschen Unternehmen doch von den USA eine Garantie, dass weitere Sammelklagen nach Klärung der Entschädigungsfrage dort nicht mehr zugelassen werden würden⁸¹.

75 Vgl. etwa o. V., Geld für die SS, in: Der Spiegel 45–3 (1991), S. 59–61 sowie Peter Bölke, „Viel Zeit bleibt nicht“, in: Der Spiegel 53–32 (1999), S. 34–46.

76 Vgl. etwa o. V., Souverän und zahlungsunfähig, in: Der Spiegel 50–1 (1996), S. 18, o. V., Klage gegen Bonn, in: Der Spiegel 53–13 (1999), S. 18 sowie Georg Bönisch/Hans-Jürgen Schlamp, Neue Flanke, in: Der Spiegel 58–41 (2004), S. 52.

77 Vgl. etwa o. V., Schämt euch, in: Der Spiegel 45–49 (1991), S. 136–138, o. V., Geheimtreffen bei Schröder, in: Der Spiegel 52–43 (1998), S. 124–126, o. V., Ultimatum an Bonn, in: Der Spiegel 52–46 (1998), S. 17, o. V., Zehn Milliarden oder mehr, in: Der Spiegel 53–36 (1999), S. 17 sowie o. V., Opfer zweiter Klasse, in: Der Spiegel 54–23 (2000), S. 19.

78 Vgl. Georg Mascolo/Hajo Schumacher, Milliarden von der Industrie, in: Der Spiegel 53–5 (1999), S. 74–75.

79 Vgl. o. V., „Für die zählt nur der Dollar“, in: Der Spiegel 52–36 (1998), S. 92–95.

80 Vgl. Jürgen Hogrefe/Hajo Schumacher, Der argwöhnische Freund, in: Der Spiegel 54–22 (2000), S. 22–24.

81 Vgl. etwa Manfred Ertel/Dietmar Hawranek/Gerhard Spörl/Gabor Steingart/Klaus Wiegrefe, Schuld und Schlußstrich, in: Der Spiegel 52–49 (1998), S. 30–38, Christoph Mestmacher/Alexander

„Zwangsarbeiter“ löste sich in diesem Aushandlungsprozess zwar ein Stück weit von der konkreten historischen Situation und wurde in einigen Momenten gar zu einer Chiffre, wie etwa in der Debatte um das deutsch-amerikanische Verhältnis. Es lassen sich aber noch andere Verschiebungen feststellen. War der Einsatz sogenannter „Fremdarbeiter“ unter Kriegsbedingungen bis weit in die Nachkriegszeit von deutschen Gerichten als etwas völlig Normales anerkannt worden, vollzog sich seit Beginn der historischen Aufarbeitung und gipfelnd in den Verhandlungen um Entschädigungen eine Entnormalisierung des Sachverhalts. Die Betroffenen wurden nun als „Zwangsarbeiter“ bezeichnet und ihr Status als NS-Opfer anerkannt. Mit der Gründung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ kam es schließlich zu einer Institutionalisierung des Zwangsarbeiterbegriffs⁸².

Tendenziell wurde der Begriff dadurch aber stillgelegt, denn er ist seither primär mit der historischen Periode der NS-Herrschaft verknüpft. Zwar berichtete der Spiegel von Versuchen, die erfolgreiche Durchsetzung der symbolischen und materiellen Entschädigungen für NS-Zwangsarbeiterinnen und NS-Zwangsarbeiter als Ausgangspunkt zu nehmen, um Forderungen nach Wiedergutmachungen für (angeblich) analoge historische Sachverhalte zu legitimieren. Doch weder im Falle afroamerikanischer Sklavinnen und Sklaven noch mit Blick auf schwarze Häftlinge, die bis in die 1930er Jahre als „Zwangsarbeiter“ in den Südstaaten an Betriebe vermietet wurden, scheint das Unterfangen geglückt zu sein⁸³. Auch die Aktualisierung von „Zwangsarbeiter“ als synchroner Totalitarismusbegriff im Kontext chinesischer Wirtschaftspraktiken⁸⁴ blieb die Ausnahme und fällt letztlich nicht ins Gewicht. Hierbei spielt sicher eine Rolle, dass die chinesische Wirtschaft längst der kapitalistischen Logik folgt, weshalb die Ausübung manifesten Zwangs gegenüber den subtilen Sachzwängen, denen die doppelt freien Lohnarbeiter unterworfen sind, als ökonomisches Steuerinstrument in den Hintergrund treten kann.

Neubacher, In Gottes Hand, in: Der Spiegel 53–47 (1999), S. 34–35 sowie o. V., Drängen auf Garantie, in: Der Spiegel 54–41 (2000), S. 20.

⁸² Auch die Berichte drehten sich nun häufig um die Abwicklung der Entschädigungszahlungen. Vgl. etwa o. V., Zu viele Honoratioren, in: Der Spiegel 54–38 (2000), S. 17, o. V., Fürstliches Gehalt, in: Der Spiegel 54–40 (2000), S. 19, Udo Ludwig/Georg Mascolo, Opfergeld im Steuerparadies, in: Der Spiegel 55–15 (2001), S. 80–82 sowie o. V., Betrug in der Zwangsarbeiter-Stiftung?, in: Der Spiegel 55–40 (2001), S. 20.

⁸³ Vgl. Hans Hielscher/Christoph Plate, Sühne für „schwarzen Holocaust“, in: Der Spiegel 53–43 (1999), S. 250–253 sowie Hans Hielscher, „Schlimmer als Sklaverei“, in: Der Spiegel 55–35 (2001), S. 142–143.

⁸⁴ Vgl. o. V., Socken aus dem Gulag, in: Der Spiegel 45–41 (1991), S. 230–237 sowie Wolfgang Reuter, Siegel der Menschlichkeit, in: Der Spiegel 61–20 (2007), S. 99.

11.2.3 Auswirkungen auf den Arbeiterbegriff

Was bedeutet diese Entwicklung eines Kompositums für den Arbeiterbegriff? Zunächst ist festzuhalten, dass der Zwangsarbeiterbegriff im Spiegel-Sample ab Mitte der 1990er Jahre häufiger auftritt als der Arbeiterbegriff selbst. Durch die Verengung des beschriebenen Sachverhalts auf die NS-Zeit vollzog sich eine exemplarische Historisierung eines partikularen Arbeiterbegriffs. Interessanterweise verwiesen die an den Entschädigungsverhandlungen beteiligten Akteure immer wieder auf die Bedeutung des *fin de siècle*, dem damit *agency* zuerkannt wurde: Man wolle vor Ende des Jahrhunderts diesen Aspekt der NS-Geschichte endgültig abschließen⁸⁵. Dass der ‚Zwangsarbeiter‘ einer längst vergangenen Zeit zugehörig war, wurde der Leserschaft auch bildlich vor Augen geführt, denn kaum ein längerer Artikel kam ohne Schwarzweißfotografien aus, welche die Arbeit an längst veralteten Maschinen dokumentierten. Es wäre zu klären, ob und inwiefern eine solche Darstellung der ‚Zwangsarbeiter‘ als Anachronismus sich im öffentlichen Bewusstsein auf den Arbeiterbegriff selbst übertrug. Völlig ausgeschlossen erscheint ein solcher Transfer nicht, wenn man sich die in vielen gesellschaftlichen Bereichen seit den 1980er Jahren vollzogenen – und oftmals chronopolitisch begründeten – Absetzbewegungen vom Arbeiterbegriff vor Augen führt. Das Veralten des Arbeiterbegriffs war mithin schon im Gange, als die Diskussion um die ‚Zwangsarbeiter‘ diesen Aspekt noch einmal prononcierte.

Hervorzuheben ist noch ein weiterer Aspekt. Es waren ausgerechnet die ‚Zwangsarbeiter‘, welche die bundesrepublikanische Ordnung erschütterten. Kein Metallarbeiterstreik, keine Betriebsbesetzung, kein revolutionärer Kampf der internationalen Arbeiterklasse hatten ein derartiges Drohpotential für die deutsche Wirtschaft besessen. In der Gestalt des ‚Zwangsarbeiters‘ kehrte der ‚Arbeiter‘ noch einmal kurzzeitig in der Rolle des *Antagonisten* auf die politische Bühne zurück.

11.3 Vom ‚Arbeiter‘ zum ‚Mitarbeiter‘?

‚Mitarbeiter‘ durchlief im Spiegel-Sample eine gänzlich andere Entwicklung als der Zwangsarbeiterbegriff. Semantisch erfuhr der Mitarbeiterbegriff eine Ausweitung auf immer weitere Personenkreise. Er wurde, im Sinne Kosellecks, demokratisiert. Bevor wir uns den Spiegel-Artikeln widmen, sei jedoch vorausgeschickt, dass es sich bei dieser Entwicklung um eine Eigenart des Hamburger Magazins gehandelt haben dürfte. Denn in den ersten Jahrzehnten prägten politische Themen die Hefte,

85 Vgl. Ertel et al., Schuld und Schlußstrich, S. 30 sowie Bölke, „Viel Zeit bleibt nicht“, S. 34.

erst später kam eine umfangreichere Berichterstattung aus dem Wirtschaftsleben hinzu.

Für konservative Sozialwissenschaftler spielte der Mitarbeiterbegriff ebenso wie im betrieblichen Alltag schon frühzeitig eine andere Rolle. Hier zeichnet sich die interessante Konstellation einer Opposition des Unterbegriffs ‚Mitarbeiter‘ zum Oberbegriff ‚Arbeiter‘ ab, insofern als ersterer die patriarchale Bedeutungsdimension⁸⁶ des Arbeiterbegriffs gleichsam monopolisierte und externalisierte⁸⁷. So erhob etwa Carl Friedrich von Siemens in den 1930er Jahren die Forderung, „die Beschäftigten in den Betrieben als ‚Mitarbeiter‘ im eigentlichen Sinne des Wortes zu gewinnen“⁸⁸. ‚Mitarbeiter‘ ist durch diese exklusive Bezogenheit auf den je konkreten Betrieb ein insularer Arbeiterbegriff. Es wäre jedoch falsch, ihm jedes kritische Potential abzusprechen, was womöglich zwingend erscheinen mag, wenn man dessen aus der romanischen Sprachfamilie stammendes Pendant, den Kolaborateur, mit in Betracht zieht. Dieser steht für die blinde Hingabe an den Auftraggeber. Treffender ist die Feststellung, dass das Kritikpotential des Konzepts ‚Mitarbeiter‘ an den Betrieb gebunden ist. Da das Gemeinschaftspostulat zwischen ‚Mitarbeiter‘ und Unternehmer semantisch stärker als beim Arbeiter- oder Arbeitnehmerbegriff ausgeprägt ist, lässt sich dieses kritische Potential leicht gegen betriebliche Zugriffsversuche externer Akteure (Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände oder Gesetzgeber) mobilisieren. Gleichwohl taugt der Mitarbeiterbegriff auch zur Problematisierung innerbetrieblicher Zustände, denn selbst ein patriarchalisch verfasster Betrieb begründet ein – freilich eng begrenztes, klientelistisches – Anrechtssystem der Beschäftigten.

In diesem doppelt kritischen Sinne entwickelte der österreichische Wirtschaftswissenschaftler Anton Tautscher 1961 einen voraussetzungsreichen Mitarbeiterbegriff. Sein Programm begriff er explizit als Handreichung für Unternehmer; da er den historischen Moment gekommen sah, in dem sich die Metamorphose des verproletarisierten „Arbeiters“ über den wirtschaftlich und gesellschaftlich entproletarisierten „Arbeitnehmer“ hin zum auch geistig entproletarisierten „Mitarbeiter“ vollende⁸⁹. Tautschers Mitarbeiterbegriff wohnte eine geradezu heilsgeschichtliche Qualität inne, denn er verband mit ihm die Erwartung an eine Rück-

⁸⁶ Zum „Unternehmer-Patriarchalismus“ vgl. Conze, *Arbeiter*, S. 238 f.

⁸⁷ Es wäre interessant zu klären, ob ‚Mitarbeiter‘ überhaupt noch als ein Kompositum von ‚Arbeiter‘ wahrgenommen wird, oder ob es sich schon um einen eigenständigen Begriff handelt.

⁸⁸ Zitiert nach: Wilfried Feldenkirchen, Siemens. Von der Werkstatt zum Weltunternehmen, München/Zürich 1997, S. 366.

⁸⁹ Vgl. Tautscher, Vom Arbeiter zum Mitarbeiter.

kehr zu einer „dichte[n] Gemeinschaft“, die angeblich im mittelalterlichen Hausstand der Handwerksmeister geherrscht hatte⁹⁰.

Die Überwindung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen „Verproletarisierung“ anerkannte Tautscher als Verdienst der Arbeiterorganisationen und der „quantitative[n] Sozialpolitik“ des Staates. Jedoch eröffneten die Defizite der bisherigen Lösungsversuche ebenso wie der technische Fortschritt ein Handlungsfeld, das seiner Meinung nach prädestiniert für eine „qualitative Sozialpolitik“ der Betriebe war. Denn die Arbeiterverbände hätten sich durch ihre schiere Größe zu „totale[n] Organisation[en]“ entwickelt, wodurch innerverbandlich eine „Ohnmacht der Organisierten“ herrsche⁹¹. Die für die geistige Entproletarisierung notwendige „Persönlichkeitsentfaltung“ könne sich daher nur im Betrieb vollziehen, zumal die technischen Neuerungen zu einer „Requalifikation der Arbeit“ führten und dadurch die Voraussetzungen für eine „Wiederinstandsetzung des Arbeiters als leistender Persönlichkeit“ schufen⁹². Jeder Beschäftigte müsse sich folglich mit seiner ganzen Persönlichkeit in den Arbeitsprozess einbringen, um das optimale Ergebnis zu produzieren. In diesem Sinne gebe es auch keine Unterschiede zwischen Unternehmern und Produktionsarbeitern mehr. Durch die gestiegene Verantwortung erwürben sich die „Arbeiter“ wiederum einen Anspruch auf Mitsprache. Betriebliche Hierarchien stellte Tautscher zwar nicht infrage, doch sollten diese allein auf Fachkenntnissen und Leistungen beruhen. Indem Mitsprache auf jeder Betriebsebene möglich sei, dezentralisierten sich Macht und Entscheidungsstrukturen. In Gestalt des „teamwork[s]“ kehrte mithin das Konzept des mittelalterlichen Handwerksbetriebs wieder, und damit die echte „Betriebsgemeinschaft“⁹³.

Sieht man von diesen Gemeinschaftssemantiken ab, die noch eine Nähe zur NS-Propaganda offenbaren⁹⁴, bestechen Tautschers Thesen durch Weitsicht. Die Betonung von Bildung, der Glaube an eine Dezentralisierung betrieblicher Entscheidungskompetenzen, der Verweis auf eine Verwischung der Grenzen zwischen Lebens- und Arbeitsbereich wie auch die zugrundeliegende holistische Betrachtungsweise finden sich, wenn auch mit einem Bewusstsein für die negativen Nebenfolgen, ganz ähnlich bei Luc Boltanski und Ève Chiapello, die in ihrem Klassiker „Der neue Geist des Kapitalismus“ die sich seit den 1970er Jahren vollziehenden

⁹⁰ Vgl. *ibid.*, Kap. I und IV (Zitat auf S. 13, 123), welche bezeichnenderweise Anfang und Ende seiner Erzählung bilden.

⁹¹ Vgl. *ibid.*, Kap. III. Zitate *ibid.*, S. 110 f. (Hervorhebung jeweils gelöscht).

⁹² *Ibid.*, S. 114 (Hervorhebungen jeweils gelöscht).

⁹³ *Ibid.*, S. 114–132, Zitate auf S. 123 f.

⁹⁴ Vgl. *ibid.*, S. 126 ff. sowie Jan Neubauer, Eine solidarische ‚Volksgemeinschaft‘? Kollegialität, Kameradschaft und ‚Betriebsgemeinschaft‘ im ‚Dritten Reich‘, in: Afs 60 (2020), S. 95–121, hier S. 110 ff.

Veränderungen analysierten⁹⁵. Tautscher scheint mit seinen Ausführungen den ‚Mitarbeiter‘ als wissenschaftsgesellschaftlichen Beschäftigentypus gut getroffen zu haben.

11.3.1 ‚Mitarbeiter‘ in Wissenschaft und Medien

Im Spiegel findet sich in dem lückenhaften, aber über 400 Artikel umfassenden Sample eine solche betriebsbezogene Verwendungsweise von ‚Mitarbeiter‘ erst relativ spät. Die enge Verflechtung mit dem Wissensaspekt ist dagegen von Anfang an frappierend: Bis Ende der 1960er Jahre trat ‚Mitarbeiter‘ als ein Attribut auf, das den Bezeichneten als Experten distinguierte. Zugehörigkeit zu einer akademischen Institution⁹⁶, einem publizistischen Organ⁹⁷ oder einer staatlichen Einrichtung⁹⁸ sollte den zumeist namentlich genannten Personen ebenso eine bereichsspezifische Autorität verschaffen wie ihr Dienstverhältnis zu einer renommierten Persönlichkeit⁹⁹. Folglich deckten die Themen, zu denen sich solche Mitarbeiter äußerten, ein breites Spektrum ab.

Ab den 1970er Jahren änderte sich all dies. Der Spiegel verwendete den Mitarbeiterbegriff nun für Beschäftigte in unterschiedlichen Bereichen, wobei sich über die Zeit eine immer stärkere Ökonomisierung des Begriffs abzeichnete. Denn die Wirtschaft nahm von Dekade zu Dekade mehr Raum in der Berichterstattung des Magazins ein. Entfielen in den 1970er Jahren nur 19 der 76 Artikel auf diesen Bereich, lag das Verhältnis in den 2000er Jahren bei 76 zu 138. Dagegen gingen die Nennungen des Mitarbeiterbegriffs im medialen Kontext im gleichen Zeitraum von 21 auf neun zurück. Relativ konstant blieb die Zahl der Artikel, die sich mit Politik und Behörden beschäftigten, es waren pro Dekade um die 20 Berichte. Für die 1990er und 2000er Jahre kamen 20 beziehungsweise elf Artikel hinzu, die den Mitarbeiterbegriff auf das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) bezogen.

⁹⁵ Vgl. Boltanski/Chiapello, Der neue Geist.

⁹⁶ Vgl. etwa Hans Mommsen, Entteufelung des Dritten Reiches?, in: Der Spiegel 21–11 (1967), S. 71–75, Siegfried Gerstl, „Dann gehen Sie doch zum ‚Erbprinzen‘“, in: Der Spiegel 22–29 (1968), S. 96–98 sowie o. V., Akademisches Proletariat?, in: Der Spiegel 23–34 (1969), S. 107–108.

⁹⁷ Vgl. etwa Rüdiger Altmann, Warten auf die Geschichte, in: Der Spiegel 21–17 (1967), S. 156–159, Axel Springer, „Hinweis auf die Existenz des Teufels“, in: Der Spiegel 23–17 (1969), S. 81–82 sowie H. G. Dieckberdel, Darauf einen Asbach, in: Der Spiegel 23–44 (1969), S. 24.

⁹⁸ Hier tauchten häufig Sicherheitsorgane auf: Vgl. o. V., Geheim-Mitarbeiter, in: Der Spiegel 17–44 (1963), S. 22–23, o. V., „Wir werden neue Lieder haben“, in: Der Spiegel 21–1/2 (1967), S. 69 sowie Hermann Wulf, „Ich sitze unter der Kanzel“, in: Der Spiegel 22–6 (1968), S. 18.

⁹⁹ Vgl. Heinz Karst, Kämpfen ohne zu töten, in: Der Spiegel 22–36 (1968), S. 20.

Mit dieser kurz skizzierten Entwicklung verschob sich auch die Funktion des Begriffs. ‚Mitarbeiter‘ trat aus dem Arkanum methodisch erworbener Expertise heraus, um sich dem Erfahrungswissen anzunähern. Hier zeichnet sich also ein grundlegender Wandel im Bereich des Wissens selbst ab – weg von der Wissenschaftlichkeit, hin zur Authentizität. Nicht immer aber waren es die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter selbst, die ihr Erfahrungswissen artikulierten. Möglich war auch, ihr Verhalten als Indikator zu verwenden, um der Öffentlichkeit normalerweise entzogene Bereiche transparent zu machen. ‚Mitarbeiter‘ fungierten dann wie die ‚Arbeiter‘ als die *sichtbar Unsichtbaren*.

Interessanterweise lässt sich diese Verschiebung selbst im wissenschaftlichen Feld beobachten. Neben Artikel, in denen der Mitarbeiterbegriff zur Legitimation der Sprecherposition herangezogen wurde¹⁰⁰, traten Berichte, in denen Beschäftigte auf Probleme innerhalb ihres Wirkungsfeldes aufmerksam machten. In den 1970er Jahren verlangten beispielsweise die Mitarbeiter der Max-Planck-Gesellschaft mehr Mitsprache, um den wachsenden Einfluss der Wirtschaft auf ihre Forschung begrenzen zu können. Die nichtakademischen Mitarbeiter der Universität Hamburg beklagten eine Einschränkung ihrer Arbeitnehmerrechte durch AStA-Mitglieder, und ein Münchener Pharmazieprofessor hatte illegalerweise die Gehälter seiner Angestellten gekürzt¹⁰¹. Immerhin hielten sich im wissenschaftlichen Bereich die beiden Begriffsfunktionen – die Bezeugung methodisch fundierter Expertise¹⁰² wie authentischer Kritik¹⁰³ – in den folgenden Dekaden in etwa die Waage.

Im Feld der Medien war die Entwicklung eine andere. In den 1970er Jahren setzten sich gut 60 Prozent der Artikel zumeist kritisch mit den Zuständen in Verlagen und Redaktionen auseinander, sei es, wenn Einflussnahme auf Journalisten ruchbar wurde¹⁰⁴ oder es bei Honoraren zu Unregelmäßigkeiten gekommen war,

100 Vgl. etwa Hans Dieter Müller, Gewinn fett, Service miserabel?, in: Der Spiegel 24–6 (1970), S. 128–129 sowie Walter Bonhoeffer, „Das Monstrum ist nichtig“, in: Der Spiegel 28–46 (1974), S. 57–65.

101 Vgl. o.V., „Ein Hochamt der deutschen Wissenschaft“, in: Der Spiegel 25–27 (1971), S. 110–114, o.V., „Es ist zeitweise unerträglich“, in: Der Spiegel 33–50 (1979), S. 50 sowie o.V., Soziale Menschen, in: Der Spiegel 26–7 (1972), S. 65–67.

102 Vgl. etwa o.V., Tschernobyl: Nicht der schlimmste mögliche Unfall, in: Der Spiegel 40–39 (1986), S. 144–145, o.V., „Das ist ein gigantisches Experiment“, in: Der Spiegel 58–37 (2004), S. 155 sowie o.V., „Die Gefahr bleibt gering“, in: Der Spiegel 61–14 (2007), S. 146.

103 Vgl. etwa o.V., „Genscher wird sich anstrengen müssen“, in: Der Spiegel 42–18 (1988), S. 18–21, o.V., „Im Mittelmaß Weltspitze“, in: Der Spiegel 44–30 (1990), S. 136–141, Ulrike Knöfel/Martin Wolf, Flops im Sauseschritt, in: Der Spiegel 56–8 (2002), S. 210–212 sowie Klaus Wiegrefe/Steffen Winter, Der Professor und die Sekte, in: Der Spiegel 61–19 (2007), S. 48.

104 Vgl. o.V., Proletarische Anschauung, in: Der Spiegel 25–30 (1971), S. 106–107, o.V., Der Rubikon ist überschritten, in: Der Spiegel 25–31 (1971), S. 96–97 sowie o.V., Rabatt und Salat, in: Der Spiegel 26–32 (1972), S. 16.

sei es, wenn Arbeitsrechte verweigert wurden oder sich Beschäftigte als korrupt erwiesen hatten¹⁰⁵. Bei den Berichten, welche die andere Begriffsfunktion erfüllten¹⁰⁶, ist eine Besonderheit zu erwähnen. Wenn Spiegel-Redakteure im Vorspann selbstreferentiell auf ihren Arbeitgeber verwiesen, ist diese Praxis auch vor dem Hintergrund des Mitbestimmungsmodells des Spiegels zu sehen. Seit 1974 verfügten die Beschäftigten in Form der Mitarbeiter KG über 50 Prozent der Stimmrechte, welche zugleich fast die Hälfte der Verlagsanteile hielt¹⁰⁷. Der hauseigene Mitarbeiterbegriff des Hamburger Magazins übertraf damit den von Anton Tautscher entworfenen Idealtypus. Es wäre interessant, die Auswirkung dieser Konstellation auf die Verwendung des Mitarbeiterbegriffs näher zu untersuchen. Denn auch wenn in den 1980er Jahren noch ein zahlenmäßiges Gleichgewicht zwischen der Legitimierung der Sprecherposition¹⁰⁸ und der Medienkritik¹⁰⁹ herrschte, vereinbarte letztgenannte den Mitarbeiterbegriff schon ab den 1990er Jahren fast vollständig für sich¹¹⁰.

105 Vgl. o. V., Nichts zu machen, in: Der Spiegel 27–37 (1973), S. 138–140, o. V., Schwert ohne Schärfe, in: Der Spiegel 28–22 (1974), S. 122–124, o. V., Gewisser Druck, in: Der Spiegel 27–35 (1973), S. 104–105 sowie o. V., Havas hilft, in: Der Spiegel 26–8 (1972), S. 102. Bei den übrigen Artikeln handelt es sich um Meldungen zu Personalien.

106 Vgl. etwa Wolfgang Harich, „Auf derselben Seite der Barrikade“, in: Der Spiegel 25–6 (1971), S. 130–134, Hermann Funke, Mehr Politik als Technik!, in: Der Spiegel 25–6 (1971), S. 120 sowie Dieter Korp, „Öffnen Sie die Schnüffelloklappe“, in: Der Spiegel 27–52 (1973), S. 74.

107 Vgl. Björn Lück, Gegen Textherrschaft. Auseinandersetzungen um journalistische Selbstbestimmung Ende der 1960er Jahre, in: Ingrid Gilcher-Holtey (Hrsg.), „1968“ – Eine Wahrnehmungsrevolution? Horizont-Verschiebungen des Politischen in den 1960er und 1970 [sic!] Jahren, München 2013, S. 47–64, hier S. 54–59.

108 Vgl. etwa Timothy Garton Ash, Der Papst läßt grüßen, in: Der Spiegel 34–47 (1980), S. 163–164, Hellmuth Karasek, Besitzerfreuden, Besitzängste, in: Der Spiegel 35–20 (1981), S. 210–212 sowie Mostafa Danesch, „Die Bundesrepublik mischt sich massiv ein“, in: Der Spiegel 39–45 (1985), S. 184–185.

109 Vgl. etwa o. V., WDR: Die Wände wackeln, in: Der Spiegel 34–4 (1980), S. 156–159, o. V., Erotische Momente, in: Der Spiegel 37–16 (1983), S. 80 sowie o. V., Kultur der Intrige, in: Der Spiegel 43–15 (1989), S. 90–92.

110 Vgl. etwa o. V., Vorgefertigte Dosen, in: Der Spiegel 45–38 (1991), S. 109, o. V., „Völlig bekloppte Zahlen“, in: Der Spiegel 48–16 (1994), S. 194–198, Barbara Schmid/Andreas Stuppe, Nichts mehr normal, in: Der Spiegel 53–17 (1999), S. 110, Oliver Gehrs, „Zug nach nirgendwo“, in: Der Spiegel 54–32 (2000), S. 97–98 sowie Marcel Rosenbach/Thomas Schulz, Chaostage in Köln, in: Der Spiegel 58–50 (2004), S. 110–112.

11.3.2 ‚Mitarbeiter‘ in Geheimdiensten und Politik

Auch im politischen Kontext erfüllte der Mitarbeiterbegriff eine Skandalisierungsfunktion. Vor allem mit Blick auf die Sicherheitsbehörden, die sich in den Graubereichen des demokratischen und rechtsstaatlichen Systems bewegen konnten, weil ihre Arbeit der öffentlichen Transparenz weitgehend entzogen war, entfaltete diese Funktion große Wirkung. So problematisierte der Spiegel etwa die Anwerbep Praxis der Geheimdienste oder berichtete über die Weigerung des BND, die Identität seiner „journalistischen Mitarbeiter“ gegenüber der Bundesregierung offenzulegen¹¹¹. Interessant ist, wen der Spiegel in diesem Zusammenhang als „Mitarbeiter“ bezeichnete. Es waren nicht die festangestellten Beamtinnen und Beamten, die den Kern der Behörde ausmachen und die durch deren Korpsgeist geprägt, also „Mitarbeiter“ gemäß der Definition von Tautscher sind, sondern es waren die nur lose an den Sicherheitsapparat gekoppelten Informanten.

Spätestens mit der Wende in der DDR wuchs ‚Mitarbeiter‘ über die Skandalisierungsfunktion hinaus, da der Begriff nun Anwendung auf einen feindlichen Geheimdienst fand: das Ministerium für Staatssicherheit. War ‚Mitarbeiter‘ eigentlich der Inbegriff eines völlig integrierten, konformen, systemerhaltenden Akteurs, geriet er im Falle der DDR-Geheimagenten mit dem Zusammenbruch der SED-Herrschaft in die Position des *Antagonisten*, der außerhalb der normativ gewünschten Ordnung steht. Damit rückte der ‚Mitarbeiter‘ in die Nähe des ‚Arbeiters‘. Allerdings stellte dies eine schon auf kurze Dauer unhaltbare Position für den ‚Mitarbeiter‘ dar, die auf verschiedenen Ebenen problematische Folgen zeitigte und bearbeitet werden musste.

Auf Ebene des Individuums kehrte sich die oben als Legitimation der Sprecherrolle beschriebene Wirkung, die eine Identifikation eines Akteurs als ‚Mitarbeiter‘ gewöhnlich hatte, in ihr Gegenteil um. Statt Eindeutigkeit zu vermitteln, erzeugte sie in diesem Fall Ambivalenz. Wer als Stasi-Mitarbeiter enttarnt wurde, büßte seine Glaubwürdigkeit ein, da nun nicht mehr klar war, ob seine bisherigen Handlungen und Äußerungen aufrichtig waren oder im Auftrag des DDR-Geheimdienstes erfolgten¹¹². Immerhin konnte eine solche Enttarnung für die Zukunft Eindeutigkeit stiften, als nun Misstrauen gegenüber der entsprechenden Person

¹¹¹ Vgl. o. V., „Finger drauf, top secret“, in: Der Spiegel 27–21 (1973), S. 86–87, o. V., Apotheker gesucht, in: Der Spiegel 28–9 (1974), S. 55–57 sowie o. V., Chance zum Rufmord, in: Der Spiegel 28–44 (1974), S. 34.

¹¹² Vgl. etwa o. V., Hoher Mitarbeiter, in: Der Spiegel 45–42 (1991), S. 17, o. V., Schmerzen im Zeh, in: Der Spiegel 49–5 (1995), S. 54–55, Reinhard Mohr, Ungute Praxis, in: Der Spiegel 54–11 (2000), S. 270–271 sowie o. V., Der SPIEGEL berichtete..., in: Der Spiegel 60–20 (2006), S. 210.

angezeigt war. Dies galt jedoch nur, sofern die Zugehörigkeit zum MfS zweifelsfrei nachgewiesen werden konnte¹¹³.

Schwieriger gestaltete sich die Situation auf der gesellschaftlichen Ebene. Ehemalige Stasi-Mitarbeiter zu enttarnen, war einerseits ein Gebot der „wehrhaften Demokratie“, wurden damit doch klandestine Netzwerke offengelegt, die über operatives Wissen verfügten und möglicherweise noch immer bereit waren, dies gegen die demokratische Ordnung einzusetzen¹¹⁴. Akut wurde das Problem, wenn die früheren Stasi-Agenten sich als Mitarbeiter ausländischer Geheimdienste anwerben ließen¹¹⁵. Auch auf die alte Bundesrepublik warfen die Enthüllungen ein neues Licht, denn sie ließen Konturen einer Stasi-Mitarbeiter-Gesellschaft aufscheinen¹¹⁶. Andererseits wurden die Betroffenen durch die Enttarnung auf die Rolle des Stasi-Mitarbeiters festgeschrieben, was ihre grundsätzlich mögliche Integration in die Wendegesellschaft der DDR und später in die Wiedervereinigungsgesellschaft erschwerte¹¹⁷. Denn die Besonderheit der Stasi-Mitarbeiter lag ab 1990 ja gerade darin, dass ihr Mitarbeiterstatus mit der Auflösung des DDR-Geheimdienstes sein Ende gefunden hatte. Sie waren nur noch im biographischen Sinne ‚Mitarbeiter‘. Die entscheidende Frage war nun, in welchem Ausmaß diese Vergangenheit in die Gegenwart und Zukunft hineinwirken konnte oder sollte, denn immerhin waren sie durch ihre Mitarbeitertätigkeit zu Tätern geworden, deren Opfer nun Gerechtigkeit einforderten¹¹⁸.

Für die Begriffsgeschichte ist hierbei jedoch ein anderer Punkt von Interesse: Insofern als die Betroffenen den früheren Status, der nun zur Belastung wurde,

113 Vgl. etwa o.V., „Den hatten wir auf der Latte“, in: Der Spiegel 44–51 (1990), S. 26–33, o.V., Vieles ist möglich, in: Der Spiegel 47–3 (1993), S. 175 sowie Gunther Latsch/Georg Mascolo, IM „Pfau“, in: Der Spiegel 54–29 (2000), S. 120.

114 Vgl. o.V., Von OibE durchsetzt, in: Der Spiegel 44–11 (1990), S. 45–50. Später berichtete der Spiegel über eine Vereinigung ehemaliger Mitarbeiter der DDR-Sicherheitsorgane, die jedoch keinen Umsturz im Sinn hatten, sondern die Wahrung ihres sozialversicherungsrechtlichen Besitzstandes. Vgl. o.V., Raubzug auf die Rente, in: Der Spiegel 45–31 (1991), S. 51.

115 Vgl. o.V., Historischer Kompromiß, in: Der Spiegel 44–26 (1990), S. 30–32, hier S. 30.

116 Vgl. etwa o.V., „Treu und einsatzbereit“, in: Der Spiegel 50–18 (1996), S. 247–249 sowie Henryk M. Broder, Sex für den Frieden, in: Der Spiegel 53–12 (1999), S. 44–52.

117 Vgl. etwa o.V., Blanker Wahnsinn, in: Der Spiegel 44–12 (1990), S. 92–95, o.V., Putzfrau für Mielke, in: Der Spiegel 46–21 (1992), S. 68–72 sowie Steffen Winter, Jagdfieber im Osten, in: Der Spiegel 54–7 (2000), S. 114.

118 Diese Frage wurde vor allem für die Bewertung von ostdeutschen Politikern relevant, die nach 1990 in wichtige Positionen aufstiegen. Vgl. etwa o.V., „Das war ’ne Top-Quelle“, in: Der Spiegel 44–11 (1990), S. 18–22, o.V., „Wichtiger IM in der Kirche“, in: Der Spiegel 46–16 (1992), S. 16–19, o.V., „Pakt mit dem Teufel“, in: Der Spiegel 49–24 (1995), S. 40–44 sowie Gunther Latsch, Hässliches Detail, in: Der Spiegel 55–36 (2001), S. 34.

nicht aus eigenem Entschluss einfach abzulegen vermochten¹¹⁹, eine Neubewertung ihrer Vergangenheit vielmehr der gesellschaftlichen Aufarbeitung vorbehalten blieb, teilten sie das Schicksal der Menschen, die einen lebensgeschichtlichen Bezug zur Arbeiterschaft hatten. Es sei an die Äußerung des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger erinnert, der den Bundesminister Norbert Blüm als „promovierte[n] Opel-Arbeiter“ bezeichnete¹²⁰. Auch wenn ein solches Ausgreifen der Vergangenheit auf Gegenwart und Zukunft eher den ‚Arbeiter‘ kennzeichnet, stellt es für ‚Mitarbeiter‘ keine völlige temporale Anomalie dar, wie es bei dem ganz in der Gegenwart verhafteten ‚Arbeitnehmer‘ der Fall gewesen wäre. Denn das methodisch erworbene Wissen wie auch das Erfahrungswissen entfalten eine den Mitarbeiterstatus partiell konservierende Wirkung. Und doch erweist sich ein solches Wissen als ein brüchiges Fundament, da es nicht notwendigerweise ausreichend aktualisiert werden kann. Interessanterweise tauchte in den Diskussionen, die auf eine Gewährung von Amnestie und Anonymität früherer Stasi-Mitarbeiter abzielten¹²¹, auch ein Argument auf, das beim Aspekt der Information ansetzte. Es wurden nicht zuletzt von ehemaligen Angehörigen des MfS datenschutzrechtliche Bedenken geäußert, das Wissen um ihre Zugehörigkeit zur Stasi öffentlich wachzuhalten¹²².

‚Mitarbeiter‘ im Kontext der Staatssicherheit stellte folglich in vielerlei Hinsicht ein begriffsgeschichtliches Spezifikum dar. Und doch finden sich hier Begriffsfunktionen, die auch im politischen Kontext auftauchen. Ist dort etwa von ‚Mitarbeiter‘ im engen Sinne die Rede, kann der Begriff wie bezüglich des MfS als Machtindikator fungieren. So begleitete der Spiegel etwa die Konsolidierung der Herrschaft Erich Honeckers mit Berichten über Mitarbeiter-Rochaden in seinem engsten Umfeld einerseits, über das Vorgehen der Staatssicherheit gegen die Mitarbeiter seines politischen Gegners andererseits¹²³. Auch der Niedergang Richard Nixons im Zuge der Watergate-Affäre zeichnete sich spätestens zu dem Zeitpunkt ab, als sich dessen engste Mitarbeiter von ihm abwandten¹²⁴. In den 1980er Jahren

119 Insofern der Mitarbeiterstatus auch Renommee begründen und dadurch nachwirken konnte, lässt sich eine analoge Überwindung seiner Verortung im Gegenwärtigen feststellen.

120 O. V., „Laßt den mal, der bringt uns die Arbeiter“, S. 24.

121 Vgl. o. V., Historischer Kompromiß.

122 Vgl. Henryk M. Broder, Empfindliche Strafen, in: Der Spiegel 56–20 (2002), S. 52–53 sowie Peter Wensierski, Recht auf Vergessen?, in: Der Spiegel 62–47 (2008), S. 38–43.

123 Vgl. o. V., Bester Freund, in: Der Spiegel 27–12 (1973), S. 54–57 sowie o. V., „Bei uns gilt die Diktatur des Proletariats“, in: Der Spiegel 32–11 (1978), S. 29–34.

124 Vgl. o. V., Für sich allein, in: Der Spiegel 28–36 (1974), S. 76–77. Der Spiegel griff die Verbindung zwischen Nixon und dessen Mitarbeitern in mehreren Artikeln auf, vgl. o. V., Endlich angeln, in: Der Spiegel 27–19 (1973), S. 105–109, o. V., Watergate: „Es wird ein Monument sein“, in: Der Spiegel 27–20 (1973), S. 97–98 sowie o. V., Hübsches Dokument, in: Der Spiegel 28–43 (1974), S. 116–119.

griff der Spiegel wiederum in Ausnahmesituationen wie dem Prozess gegen die Witwe Maos in der Volksrepublik China¹²⁵ oder der gewaltsamen Konsolidierung der iranischen Revolution¹²⁶ auf den Mitarbeiterbegriff zurück. Auffällig oft wandte das Magazin diese Methode bei Artikeln über den US-Präsidenten Ronald Reagan und die US-Politik¹²⁷ an, was die Besonderheit dieses Präsidenten auf subtile Weise verdeutlichte.

Was ‚Mitarbeiter‘ zum Machtindikator qualifiziert, sind die Aspekte Nähe und Sichtbarkeit. Mitarbeiter von Spitzenpolitikern sind nahe am Machtzentrum situiert. Wie die Beispiele Honecker, Nixon und Reagan zeigen, nutzte der Spiegel den Mitarbeiterbegriff als Machtindikator, wenn das Herrschaftssystem an sich intransparent war, wenn sich demokratische Politiker in einer Ausnahmesituation befanden, in welcher die sonst gültigen Regeln außer Kraft gesetzt waren¹²⁸, oder wenn sie eine solche selbst herstellten. ‚Mitarbeiter‘ sind wie die Figuren auf dem Schachbrett, und ihr Auftreten, Verschwinden und Verhalten eröffnet einen Blick auf das zugrundeliegende Machtfeld.

Dem Aspekt der Nähe kam im Spiegel eine weitere Bedeutung zu. ‚Mitarbeiter‘ versprachen, die wahre Persönlichkeit der Spitzenpolitiker zu offenbaren, wenn sie durch ihre Aussagen ihren Vorgesetzten charakterisieren¹²⁹. Der Mitarbeiterstatus wirkte hier als Authentizitätsgarant, er stand in diesem Fall, wie der ‚Arbeiter‘, als Repräsentant für das *Eigentliche*. Der Charakter eines Politikers ließ sich aber auch aus seinem Verhalten gegenüber seinen Mitarbeitern ableiten. Was war etwa von einem Minister zu halten, der nicht einmal die engsten Mitarbeiter an seinen Entscheidungen teilhaben ließ, geschweige denn sie ihnen mitteilte¹³⁰? An diesen verschiedenen Verwendungsweisen zeigt sich, dass der politische Bereich selbst in einer Demokratie ein Arkanum geblieben war. Der Mitarbeiterbegriff erscheint hier als eine ähnliche Kippfigur, wie es der Arbeiterbegriff für den Bereich der Produktion ist – ein *Wanderer zwischen den Welten*, der zwischen Eigenem und Fremdem vermittelt.

125 Vgl. o. V., „Tschiang Tsching, du bist so grausam“, in: Der Spiegel 35–6 (1981), S. 114–120.

126 Vgl. Ali Karimi, „Tage des Blutes und des Feuers“, in: Der Spiegel 35–14 (1981), S. 144–145.

127 Vgl. etwa o. V., Auf Vordermann, in: Der Spiegel 34–52 (1980), S. 106–111, o. V., Reagan: „Ich habe die Schnauze voll“, in: Der Spiegel 37–49 (1983), S. 128–129 sowie o. V., Tote Ente, in: Der Spiegel 41–46 (1987), S. 161–164.

128 Auch zur Affäre um Uwe Barschel, Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, finden sich mehrere Artikel, die „Mitarbeiter“ im Vorspann nennen. Vgl. o. V., Waterkantgate: „Beschaffen Sie mir eine Wanze“, in: Der Spiegel 41–38 (1987), S. 17–25, o. V., „Waterkantgate“: Spitzel gegen den Spitzenmann, in: Der Spiegel 41–37 (1987), S. 17–21 sowie o. V., Waterkantgate: Deutschland heißt „Tjello“, in: Der Spiegel 41–44 (1987), S. 22–30.

129 Vgl. o. V., „Widerstand gegen das Erwachsenwerden“, in: Der Spiegel 33–31 (1979), S. 80–81.

130 Vgl. o. V., Amerikas „Politbüro“, in: Der Spiegel 28–52 (1974), S. 56–57.

11.3.3 ‚Mitarbeiter‘ in der Wirtschaft

Den wirtschaftlichen Bereich erschloss der Spiegel in den 1970er Jahren nun ebenfalls über den Mitarbeiterbegriff. Aber nur in einigen wenigen Artikeln konnten die Leser einem ‚Mitarbeiter‘ begegnen, der dem Entwurf Anton Tautschers nahekam. So berichtete der Spiegel etwa über das Mitbestimmungsmodell der Firma Porst oder über die konzerneigenen Bildungsangebote des Hoechst-Konzerns¹³¹. Viel stärker trat der Mitarbeiterbegriff als Krisenindikator in Erscheinung. In sechs Fällen vermeldete der Spiegel konjunkturbedingte Entlassungen¹³². Gerade aufgrund des paternalistischen Aspekts, den Konzerne wie Siemens in ihrer Verwendung des Mitarbeiterbegriffs bewusst betonten, machte die vermeldete Entlassung von „Mitarbeitern“ den Ernst der Lage wohl noch deutlicher, als wenn von ‚Arbeitern‘ oder ‚Arbeitnehmern‘ gesprochen worden wäre¹³³. Je bedeutender das Unternehmen war, das sich zu einem solchen Schritt veranlasst sah, desto mehr wuchs dem Mitarbeiterbegriff eine, wenn auch einzelfallbezogene, gesellschaftliche Relevanz zu, an der es ihm an anderer Stelle mangelte. Denn der primäre Bezugspunkt des Mitarbeiterbegriffs stellte, wie oben erwähnt, der jeweilige Betrieb dar, nicht das volkswirtschaftliche Ganze oder die normative Ordnung der Bundesrepublik, für die der ‚Arbeitnehmer‘ stand.

Eine solch begrenzte, immer im Konkreten verbleibende Verwendungsweise herrschte vor, wenn darüber berichtet wurde, wie Unternehmen ihren Beschäftigten Rechte vorenthielten¹³⁴ oder im Umgang mit ihnen gegen den Datenschutz verstießen¹³⁵, aber auch, wenn Fehlverhalten bestimmter „Mitarbeiter“ Anlass zu einem Artikel gab, etwa im Fall von Industriespionage¹³⁶ oder der angeblichen

131 Vgl. o. V., Hoechster Grad, in: Der Spiegel 27–11 (1973), S. 71–73, o. V., Nur noch Zinsen, in: Der Spiegel 25–47 (1971), S. 68–70 sowie o. V., Lohn der Angst, in: Der Spiegel 26–44 (1972), S. 68–70.

132 Vgl. Dieter Korp, „Einen Rolls – den trägt man noch“, in: Der Spiegel 24–38 (1970), S. 86–91, o. V., Von allen geprügelt, in: Der Spiegel 27–50 (1973), S. 48, o. V., Ballast abwerfen, in: Der Spiegel 28–35 (1974), S. 50–52 sowie o. V., Banges Zittern, in: Der Spiegel 33–4 (1979), S. 32–33.

133 In diesem Zusammenhang sind zwei Artikel instruktiv. So vermeldete der Spiegel 1977, dass Unternehmen immer öfter „Leih-Arbeitnehmer“ einstellten, da „Mitarbeiter“ nur schwer zu entlassen seien. Vgl. o. V., Schreck in den Gliedern, in: Der Spiegel 31–20 (1977), S. 42–44, Zitate auf S. 42. Ein Jahr später berichtete das Magazin von der Geschäftsidee eines Amerikaners, der Firmen anbot, für sie das Feuern von Mitarbeitern zu übernehmen. Vgl. o. V., Wunde Seelen, in: Der Spiegel 32–2 (1978), S. 111–113.

134 Vgl. o. V., Wie Soraya, in: Der Spiegel 25–30 (1971), S. 44 sowie o. V., Einfach abgebügelt, in: Der Spiegel 31–17 (1977), S. 36–41.

135 Vgl. o. V., Elegant beschattet, in: Der Spiegel 31–37 (1977), S. 101–104.

136 Vgl. o. V., Nur Barschecks, in: Der Spiegel 33–10 (1979), S. 86–89.

Ausplünderung einer Bank durch leitende Angestellte¹³⁷. Hier thematisierte ‚Mitarbeiter‘ spezifische Einzelfälle. Anders stellte sich die Angelegenheit dar, wenn sich der Betrieb nicht in deutscher Hand befand. So berichtete der Spiegel 1972 über deutsche „Mitarbeiter“ einer in Frankfurt ansässigen amerikanischen Geldtransportfirma. Die Beschäftigten hatten sich über mangelnde Sicherheitsvorkehrungen beschwert, woraufhin sie entlassen wurden¹³⁸. Hier überlagerte die Tatsache, dass Firmeninhaber und Beschäftigte unterschiedlichen Varianten des Kapitalismus angehörten, den Einzelfall mit grundsätzlichen Systemfragen¹³⁹. Denn der ‚Mitarbeiter‘ erwies sich in diesem Fall als ein defizitärer ‚Arbeitnehmer‘ und damit als ein Fremdkörper innerhalb der bundesdeutschen ‚Arbeitnehmergesellschaft‘.

Grundsätzlich fällt auch im Bereich der Wirtschaft die Koppelung des ‚Mitarbeiters‘ an den Gedanken der Information auf. Hierunter lassen sich Verstöße gegen den Datenschutz ebenso wie Wirtschaftsspionage und das Anprangern von Missständen subsumieren. Sowohl betrügerisches Fehlverhalten wie auch die Akte des Whistleblowings setzen Spezialwissen voraus. Auch hier erweist sich der ‚Mitarbeiter‘ als einem Arkanbereich zugehörig. Interessanterweise war in den 1970er Jahren zumeist nicht vom industriellen Sektor die Rede, wenn der Spiegel über ‚Mitarbeiter‘ berichtete. Vielmehr verortete das Magazin den Begriff hauptsächlich im Öffentlichen Dienst und in der Medienbranche, also im tertiären Sektor¹⁴⁰. Fast nur als Krisenbegriff ragte er in den zweiten Sektor hinein. Veränderte sich dies in den folgenden Dekaden?

Auch in den 1980er Jahren nahmen Skandale einen breiten Raum in der Berichterstattung ein¹⁴¹, ebenso trat der Mitarbeiterbegriff weiterhin als Krisenindikator auf, denn auch in diesem Jahrzehnt galt es Pleiten und Entlassungen zu vermeiden¹⁴². Zusammen umfassten beide Bereiche gut die Hälfte aller Artikel. Neu hinzu trat aber eine Variation der Krisenindikatorfunktion. Denn ‚Mitarbeiter‘ fungierte nun verstärkt als Seismograph für den Wandel innerbetrieblicher Be-

137 Vgl. o. V., Gefällige Partner, in: Der Spiegel 30–36 (1976), S. 68–74.

138 Vgl. o. V., Django im Hof, in: Der Spiegel 26–34 (1972), S. 53–55.

139 Vgl. Werner Plumpe, Das kalte Herz. Kapitalismus: die Geschichte einer andauernden Revolution, Bonn 2020, S. 461–464.

140 Vgl. o. V., Ballast abwerfen, o. V., Elegant bestattet, o. V., „Gefahr einer Falschunterrichtung“, in: Der Spiegel 32–40 (1978), S. 97–118 sowie o. V., Falsche und gefälschte Zahlen, in: Der Spiegel 32–41 (1978), S. 65–78.

141 Vgl. etwa o. V., Helle Aufregung, in: Der Spiegel 36–9 (1982), S. 109–111, o. V., Per Umschlag, in: Der Spiegel 37–3 (1983), S. 69–71, o. V., Methode Aschenputtel, in: Der Spiegel 38–25 (1984), S. 56–57 sowie o. V., Dinner mit Kannibalen, in: Der Spiegel 43–42 (1989), S. 126–128.

142 Vgl. etwa o. V., Nordlichter raus, in: Der Spiegel 36–46 (1982), S. 46–51, o. V., Zuwenig Indianer, in: Der Spiegel 39–44 (1985), S. 45–48 sowie o. V., Schlechte Zeiten für die US-Rüstungsindustrie, in: Der Spiegel 43–31 (1989), S. 62–64.

ziehungen, mit dem die Unternehmen auf schon eingetretene oder befürchtete Krisen reagierten. Gut 40 Prozent aller von mir erfassten Artikel, die in den 1980er Jahren im Bereich Wirtschaft erschienen, lassen sich dieser Kategorie zuordnen. So häuften sich nun Meldungen, die auf partielle Umsetzungen des von Tautscher propagierten Mitarbeitermodells hinwiesen, sei es durch die finanzielle Beteiligung der Beschäftigten¹⁴³, sei es durch deren Einbindung in die Werbung oder Öffentlichkeitsarbeit der Firmen¹⁴⁴, die jeweils auf eine wirtschaftliche Nutzbarmachung der ganzen Persönlichkeit der Beschäftigten abzielten. Im Zusammenhang mit Werbemaßnahmen eines Unternehmens kam es erstmals im Sample auch zu einer ironischen Verwendung des Begriffs. So hatte die krisengeplagte AEG 1981 die Fußballstars Paul Breitner und Karl-Heinz Rummenigge als neue „Mitarbeiter“ präsentiert. Dies zeitigte unerwartete Folgen, als Rummenigge im Gespräch mit Beschäftigten kurzerhand den Verzicht der AEG auf weitere Entlassungen in Aussicht stellte. Der nur für Werbezwecke engagierte „Mitarbeiter“ maßte sich hier unternehmerische Kompetenzen an und konterkarierte schon allein dadurch seinen angeblichen Mitarbeiterstatus¹⁴⁵.

Der Spiegel konnte aber auch über Initiativen der „Mitarbeiter“ berichten, die die traditionellen innerbetrieblichen Grenzen transzendierten. So verhinderten etwa Beschäftigte mit ihren „Opfern“ den endgültigen Bankrott einer US-Fluggesellschaft, und die bei VW tätigen „Werker“ brachten jährlich 35 000 Verbesserungsvorschläge ein¹⁴⁶. Jedoch musste das Hamburger Magazin auch Widerstände seitens der Belegschaft gegen geplante Neuerungen¹⁴⁷ wie auch klare Grenzüberschreitungen durch Unternehmen vermelden¹⁴⁸. Im Vergleich zu ‚Arbeiter‘ und ‚Arbeitnehmer‘ bewegten sich die mit ‚Mitarbeiter‘ thematisierten Konflikte jedoch immer in einem Rahmen, der eine arbeits- oder strafrechtliche Regulierung erlaubte. So wurde auch der Aspekt der Ausbeutung nur im Zusammenhang mit kriminellen Verhalten der Unternehmer thematisiert, nicht aber als Wesens-

143 Vgl. o. V., Befreier der Frau, in: Der Spiegel 43–26 (1989), S. 102–104 sowie o. V., Menschlicher Trieb, in: Der Spiegel 43–39 (1989), S. 152–156.

144 Vgl. o. V., „Bis an den Rand der Knebelung“, in: Der Spiegel 38–12 (1984), S. 62, o. V., Bis in die Haarspitzen, in: Der Spiegel 40–31 (1986), S. 49 sowie o. V., Um Jahre voraus, in: Der Spiegel 42–41 (1988), S. 159–162.

145 Vgl. Michael Schmidt-Klingenberg, „Künftig keine Entlassungen mehr“, in: Der Spiegel 35–18 (1981), S. 223. Vgl. zudem o. V., Sergio Leone als BMW-Mitarbeiter, in: Der Spiegel 39–44 (1985), S. 156.

146 Vgl. o. V., Genau beobachten, in: Der Spiegel 38–9 (1984), S. 146 sowie o. V., VW-Mitarbeiter denken mit, in: Der Spiegel 38–42 (1984), S. 140.

147 Vgl. o. V., Waffe geladen, in: Der Spiegel 37–37 (1983), S. 50–53 sowie o. V., Hängen auf Halde, in: Der Spiegel 40–47 (1986), S. 79.

148 Vgl. etwa o. V., Beglückter der Menschheit, in: Der Spiegel 36–23 (1982), S. 63–66, o. V., In der Falle, in: Der Spiegel 37–22 (1983), S. 68–69 sowie o. V., Weiße Elefanten, in: Der Spiegel 43–20 (1989), S. 61–63.

merkmal des kapitalistischen Systems. Der lebensweltliche Bereich blieb im Großen und Ganzen ausgeblendet, und so trat der ‚Mitarbeiter‘ auch nicht als eine politisch zu repräsentierende Figur in Erscheinung. Anders ausgedrückt: Der Mitarbeiterbegriff taugte offensichtlich nicht dazu, gesamtgesellschaftlich relevante Fragen zu verhandeln. Auswirkungen des Strukturwandels ließen sich damit eher wohlwollend kommentieren¹⁴⁹ als grundsätzlich infrage stellen.

Daran änderte sich auch in den 1990er Jahren nichts. Über ein Drittel der erfassten Berichte waren Vergehen gewidmet. Wieder überwogen die Fälle, in denen die Beschäftigten ihr Insiderwissen zu illegalen Handlungen nutzten¹⁵⁰. Nur ein Artikel berichtete darüber, wie ein ehemaliger ‚Mitarbeiter‘ seine Einblicke in die Geschäftspraktiken nutzte, um Missstände öffentlich anzuprangern¹⁵¹. Dies macht zugleich deutlich, dass sich hinter dem ‚Mitarbeiter‘ fast immer ein ‚Angestellter‘ verbarg, wenn es um Vergehen und Skandale ging. Nur sie verfügten über das nötige Wissen und die entsprechende Position, um lukrative Gelegenheiten oder Regelverstöße zu erkennen und entsprechend zu handeln. In diesem Bereich lässt sich folglich eine Kontinuität des elitären Mitarbeiterbegriffs erkennen, den der Spiegel in den 1960er Jahren so exklusiv verwendet hatte.

Als Krisenbegriff umfasste ‚Mitarbeiter‘ hingegen prinzipiell alle Statusgruppen, oft waren aber die unqualifizierten Arbeiterschichten, wie schon in den 1980er Jahren¹⁵², besonders betroffen. Vor allem in der ersten Hälfte der 1990er Jahre finden sich Artikel im Sample, die von Unternehmenskrisen berichten¹⁵³, wobei nun auffallend viele Vorzeigeunternehmen der „Deutschland AG“ in Schieflage gerieten: Lufthansa¹⁵⁴, die Deutsche Bahn¹⁵⁵, vor allem aber Daimler¹⁵⁶. Während ‚Mitarbeiter‘ als Skandalbegriff die Beschäftigten als aktive Akteure (oder in diesem Kontext: Täter) darstellte, stand ‚Mitarbeiter‘ als Krisenbegriff für passive Opfer.

¹⁴⁹ Vgl. o. V., Big Bang, in: Der Spiegel 40–23 (1986), S. 156 sowie o. V., Lange gewartet, in: Der Spiegel 43–27 (1989), S. 72–73.

¹⁵⁰ Vgl. etwa o. V., Vom Rabatt ein paar Prozent, in: Der Spiegel 45–12 (1991), S. 112–118, o. V., Alles Lug und Trug, in: Der Spiegel 47–32 (1993), S. 82–84 sowie o. V., Koffer voll Geld, in: Der Spiegel 52–29 (1998), S. 97.

¹⁵¹ Vgl. o. V., „Ein Heer von Nieten“, in: Der Spiegel 50–6 (1996), S. 92–98.

¹⁵² Vgl. etwa o. V., Neuer Hausbrauch, S. 82 sowie o. V., Historischer Wendepunkt.

¹⁵³ Vgl. o. V., „Das Ziel ist Überleben“, in: Der Spiegel 45–6 (1991), S. 102–104, o. V., „Die Lokomotive ist entgleist“, in: Der Spiegel 47–9 (1993), S. 114–116, o. V., Ausgeprägter Größenwahn, in: Der Spiegel 47–31 (1993), S. 96 sowie o. V., Hallo Steffi, in: Der Spiegel 50–44 (1996), S. 120.

¹⁵⁴ Vgl. o. V., Genau die Falschen, in: Der Spiegel 46–36 (1992), S. 109–110.

¹⁵⁵ Vgl. Wolfgang Bittner/Dinah Deckstein, Ein neuer Ruck, in: Der Spiegel 53–50 (1998), S. 94–96.

¹⁵⁶ Vgl. o. V., Ganz miserabel, in: Der Spiegel 47–35 (1993), S. 100–101, o. V., Sicher wie in der Bank, in: Der Spiegel 47–39 (1993), S. 117–119 sowie o. V., Schock für die Strategen, in: Der Spiegel 47–43 (1993), S. 124–125.

‚Mitarbeiter‘ umfasste dann zwar nur eine Teilgruppe der Beschäftigten, nicht die Gesamtbelegschaft, aber diese Abgrenzung blieb prekär: Denn potentiell konnte es jeden einzelnen treffen.

Aus dieser Konstellation erwuchs ein produktivistisches Kritikpotential, das sich gleichermaßen gegen eine nicht näher bezeichnete betriebliche „Bürokratie“ wie gegen die Spitzenmanager richtete. So hatte der Spiegel schon in den 1980er Jahren die Entlassungen der Hertie-Verkäuferinnen gerügt, da dieser Schritt die Kundenzufriedenheit beeinträchtigt habe. Zudem wurde der Unternehmensspitze angelastet, den „aufgeblähten Verwaltungsapparat nicht rigoros abgebaut zu haben“. Verantwortlich machte der Spiegel den Vorstandschef, „ein im Handelsgeschäft unerfahrener Industriemanager“, und den Aufsichtsratschef: „Hans-Georg Karg, den der Vater stets vom Top-Management ausgesperrt hatte, wollte jetzt auch mal Manager sein.“¹⁵⁷ Ob mit Blick auf IBM, CompuServe, Deutsche Bahn oder Daimler¹⁵⁸ – auch in den 1990er Jahren schrieb der Spiegel diese Doppelkritik fort und beschwor gar eine „Manager-Krise“¹⁵⁹. Dennoch ließ das Hamburger Magazin nicht mehr nur individuelles Versagen als Krisenursache gelten, sondern erkannte einen strukturell bedingten Handlungsbedarf. Bei der Lufthansa wurden etwa nicht mehr die Kündigungen an sich kritisiert, sondern dass „[g]enau die Falschen“ entlassen wurden¹⁶⁰. Zwei Funktionen des Mitarbeiterbegriffs, Indikator für Krisen wie auch für innerbetrieblichen Wandel zu sein, rückten nun immer stärker zusammen. Es galt, die „Mitarbeiter“ zu den richtigen Entscheidungen zu befähigen¹⁶¹, ihnen mehr Verantwortung zu übertragen¹⁶², sie richtig zu motivieren¹⁶³, den „mufflige[n] Mitarbeitern“ Kunden- und Serviceorientierung beizubringen¹⁶⁴, um nach der Krise „stärker [zu] sein als zuvor.“¹⁶⁵ Diese umfassende Mobilisierung möglichst vieler Beschäftigten als Voraussetzung für unternehmerischen Erfolg stellt einen klaren Unterschied zu den 1980er Jahren dar¹⁶⁶. Anders als beim Kon-

157 O. V., Zuwenig Indianer, S. 48.

158 Vgl. o. V., Ausgeprägter Größenwahn, S. 96, o. V., Hallo Steffi, S. 120, Bittner/Deckstein, Ein neuer Ruck, S. 96 sowie o. V., Ganz miserabel, S. 100 f.

159 Armin Mahler, Die Manager-Krise, in: Der Spiegel 47–39 (1993), S. 118.

160 O. V., Genau die Falschen, S. 109.

161 Vgl. o. V., Ausgeprägter Größenwahn, S. 96 sowie Mahler, Die Manager-Krise, S. 118.

162 Vgl. o. V., „Ihr seid wieder wer“, in: Der Spiegel 48–11 (1994), S. 94–111 sowie o. V., Schlank, aber lächelnd, in: Der Spiegel 48–46 (1994), S. 114–117.

163 Vgl. Peter Bölke, „Ich werfe Steine ins Wasser“, in: Der Spiegel 51–20 (1997), S. 106–107.

164 O. V., Hilfe via Satellit, in: Der Spiegel 50–36 (1996), S. 125–126, hier S. 125.

165 O. V., „Die Lokomotive ist entgleist“, S. 114.

166 Die von der Lufthansa 1986 geplante Unternehmensreform zielte noch ganz auf die Spitzenbereiche der Unternehmenshierarchie. Vgl. o. V., Hängen auf Halde. Dagegen plante die Deutsche

zept der Arbeiterselbstverwaltung bot der Mitarbeiterbegriff aber keine Grundlage für die Übernahme des Betriebs durch die Beschäftigten – ‚Mitarbeiter‘ blieben letzten Endes in einer subalternen Position.

Der Rahmen, in dem sich diese veränderte unternehmerische Praxis wie auch mediale Kommentierung vollzog, war durch die Konzepte der Globalisierung und Digitalisierung abgesteckt. Neue Formen der Arbeitsorganisation wie auch der Vergütung durch Aktienoptionen¹⁶⁷ erschienen anders als in den Dekaden zuvor nicht mehr als politisch motivierte Experimente einzelner progressiver Unternehmer, sondern als Kennzeichen der neuen Wirtschaft. Der IT-Branche gehörte in den Augen der Spiegel-Redakteure die Zukunft¹⁶⁸, sie schuf bereits viele neue Arbeitsplätze¹⁶⁹ und schickte sich an, die Wirtschaft zu „revolutionieren“¹⁷⁰. Diese Änderungen hin zu einer neuen Wirtschaft konnten jedoch auf Kosten der „Mitarbeiter“ gehen, sei es aufgrund verstärkter digitaler Überwachungsmöglichkeiten am Arbeitsplatz oder Verletzungen der Persönlichkeitsrechte¹⁷¹, sei es durch Wegrationalisierung von Stellen¹⁷² oder durch Überforderung aufgrund ständiger Umstrukturierungen¹⁷³.

Hier schrieben sich nun Aspekte in den Mitarbeiterbegriff ein, die dem Erfahrungshaushalt der ‚Arbeiter‘ entstammten, und entsprechend finden sich Berichte, wie sich ‚Mitarbeiter‘ aus dem Handlungsarsenal der ‚Arbeiter‘ bedienten. 1995 hatten sich deutsche Daewoo-„Mitarbeiter“ etwa gegen die koreanischen Manager zur Wehr gesetzt, indem sie einen Betriebsrat gründeten und sich Unterstützung der IG Metall sicherten¹⁷⁴. Ende des Jahrzehnts drohte gar ein Streik von Bankbeschäftigten, die sich so gegen die Kürzung ihres Festgehalts wehren wollten¹⁷⁵. Auch durch diese erweiterte Handlungsfähigkeit hatte der ‚Mitarbeiter‘ das Potential, zum idealtypischen Beschäftigtentypus der digitalisierten und globalisierten Wirtschaft zu werden.

Bank nun, ihre Kreditsachbearbeiter mit fast völliger Entscheidungsfreiheit auszustatten. Vgl. o. V., Gestärkte Mitarbeiter, in: Der Spiegel 49–24 (1995), S. 102.

167 Vgl. o. V., Häufig abgeblockt, in: Der Spiegel 46–11 (1992), S. 155 sowie o. V., „Willst Du Cash?“, in: Der Spiegel 51–32 (1997), S. 85.

168 Vgl. Thomas Huetlin, Die Invasion der Datenfresser, in: Der Spiegel 53–16 (1999), S. 98–102.

169 Vgl. etwa o. V., Billige Stützen, in: Der Spiegel 50–28 (1996), S. 72–73.

170 Alexander Jung, www.gründerboom.de, in: Der Spiegel 53–52 (1998), S. 84–87, hier S. 84.

171 Vgl. o. V., Schnüffler im Netz, in: Der Spiegel 45–31 (1991), S. 179–181 sowie Michaela Schiefl, Eine Form der Prostitution, in: Der Spiegel 52–47 (1998), S. 106.

172 Vgl. o. V., Dumme Sache, in: Der Spiegel 49–5 (1995), S. 111–113 sowie o. V., Heißer Draht, in: Der Spiegel 49–17 (1995), S. 121–125.

173 Vgl. etwa Wolfgang Reuter, Zu viel und zu schnell, in: Der Spiegel 52–49 (1998), S. 98.

174 Vgl. o. V., Dritte Mahnung, in: Der Spiegel 49–49 (1995), S. 116.

175 Vgl. Wolfgang Reuter, Rauhe Sitten, in: Der Spiegel 53–11 (1999), S. 102–103.

Doch konnte der ‚Mitarbeiter‘ diesen Erwartungen in den 2000er Jahren gerecht werden? Zunächst sah es nicht danach aus, denn nicht nur der Infineon-Chef Ulrich Schumacher war mit Blick auf die „New Economy“ der Meinung, „Mitarbeiter werden Unternehmer“¹⁷⁶. Schumacher begründete diesen grundlegenden Wandel jedoch recht konservativ, wenn er die Beteiligung der Beschäftigten am Aktienbesitz des eigenen Unternehmens sowie an den variablen Gehaltsbestandteilen festmachte¹⁷⁷. Tiefer hatte die Analyse des Spiegel-Autors Michael Sauga ein Jahr zuvor gegriffen. Unter Berufung auf den Soziologen Ulrich Beck rief er damals das Zeitalter des „neuen Selbständigen“ aus. Er diagnostizierte dabei eine abnehmende Bindung der Beschäftigten an den einzelnen Betrieb, da die IT-Branche ungeahnte Verdienstmöglichkeiten bereithalte¹⁷⁸. Zweifellos war der Anspruch, „alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen auf unternehmerisches Handeln [zu] verpflichten“¹⁷⁹, in Managementratgebern und den Sozialwissenschaften weit verbreitet. Der Soziologe Ulrich Bröckling wies jedoch auf ein konstitutives Merkmal dieser Idealfigur hin: „Gemessen an ihrem Anspruch ist die Produktion unternehmerischer Individuen [...] zum Scheitern verurteilt. Weil die Anforderungen unabschließbar sind, bleibt alles Bemühen ungenügend; weil sie unvollständig und widersprüchlich sind, zeitigen sie nichtintendierte Effekte.“¹⁸⁰

Tatsächlich thematisierten die Artikel, die der Spiegel in den 2000er Jahren unter Verwendung des Mitarbeiterbegriffs über die Globalisierung und zur neuen Arbeitswelt veröffentlichte, kaum noch positive Seiten. Eine Ausnahme stellte die „Telearbeit“ dar, die zwar als Antwort auf die zunehmende globale Vernetzung und Konkurrenz eingeführt wurde, aber mit Blick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch den Interessen der Beschäftigten entgegenkam¹⁸¹. In anderen Fällen positiver Berichterstattung fungierte der ‚Mitarbeiter‘ dagegen nur als Machtattribut¹⁸² oder als Ausweis für die „Präzision [...] des weltweit agierenden Kapitalismus“, die das Leben der Beschäftigten nachhaltig prägte¹⁸³. Wirkliche Gestaltungs- und hohe Verdienstmöglichkeiten beschränkten sich laut Spiegel auf einen sehr

176 Dinah Deckstein/Gabor Steingart, „Mitarbeiter werden Unternehmer“, in: Der Spiegel 54–11 (2000), S. 119–121.

177 Vgl. *ibid.*, S. 121.

178 Sauga, Ende des Proletariats, S. 116.

179 Bröckling, Das unternehmerische Selbst, S. 12.

180 *Ibid.*, S. 283.

181 Vgl. Janko Tietz, Zu Hause im Dienst, in: Der Spiegel 60–51 (2006), S. 86–87.

182 Wenn etwa ein 22-jähriger Chef einer Softwarefirma vorgestellt wurde, dessen Wichtigkeit unter anderem dadurch belegt wurde, dass er weltweit Kunden und Mitarbeiter habe. Vgl. Alexander Jung, Erst powern, dann Party, in: Der Spiegel 54–31 (2000), S. 54–57.

183 Ralf Hoppe, Die Weltbürste, in: Der Spiegel 59–26 (2005), S. 108–113, hier S. 108.

exklusiven Kreis von „Mitarbeitern“ der großen Investment-Banken¹⁸⁴. Hier kehrte der elitäre Mitarbeiterbegriff der 1960er Jahre in übersteigerter Form wieder, stellte er doch eine Personifizierung der Triebkräfte der Globalisierung dar, die den Zeitgenossen von Politik und Medien ansonsten oft nur als anonyme „Veränderungsdynamiken“ präsentiert wurden¹⁸⁵.

Der Spiegel-Autor Christoph Pauly machte dagegen klar, dass der anstehende Umbau der „Deutschland AG“ nicht zuletzt auf enge persönliche Netzwerke zwischen Investmentbankern und Industriemanagern zurückging. So war Paul Achleitner bei Goldman Sachs tätig, bevor er in den Vorstand der Allianz wechselte. Für deren Umbau griff Achleitner wiederum auf die Expertise seines vorherigen Arbeitgebers zurück¹⁸⁶. 2006 strebte die Allianz dann an, selbst zur „Speerspitze der Globalisierung“ zu werden. Die damit verbundene „Kulturrevolution“ verlangte von den „Mitarbeitern“ jedoch ein hohes Maß an Anpassungsleistung¹⁸⁷. Dies wurde zum Basso continuo der Berichterstattung über die neue Arbeitswelt und Globalisierung. Beklagt wurde, dass Beschäftigte steigendem Leistungsdruck ausgesetzt seien¹⁸⁸, unter betrieblichen Sparmaßnahmen litten¹⁸⁹, im schlimmsten Fall aus nichtigen Gründen entlassen oder mit der Drohung, Arbeitsplätze ins Ausland zu verlagern, zu Zugeständnissen gedrängt wurden¹⁹⁰. Als Begleiterscheinung des Endes der „Deutschland AG“ kam es zudem zu einem Abbau von Mitbestimmungsrechten, wenn ein deutsches Unternehmen im Zuge einer Fusion aus der bundesrepublikanischen Rechtsgemeinschaft ausschied¹⁹¹.

Solche Entwicklungen stellten das gerade auch von Unternehmen in der alten Bundesrepublik familiär überhöhte Mitarbeiterbild, wie es Anton Tautscher propagiert hatte, grundsätzlich infrage. Die Beziehung zu den Beschäftigten wurde,

184 Vgl. Christoph Pauly, Die Kirche des Kapitalismus, in: Der Spiegel 55–2 (2001), S. 72–75, ders., Kartell der Kassierer, in: Der Spiegel 60–3 (2006), S. 60–63 sowie Christoph Pauly, Gier mit Garantie, in: Der Spiegel 64–5 (2010), S. 72.

185 Vgl. Jan Eckel, Politik der Globalisierung, in: VfZ 68–3 (2020), S. 451–480, hier S. 454 (Zitat), 467, 471f.

186 Pauly, Die Kirche des Kapitalismus, S. 75.

187 Michaela Schiefl, Der blaue Planet, in: Der Spiegel 60–31 (2006), S. 64–67, hier S. 64. Vgl. zudem Christoph Pauly, Die Rache der Vertreter, in: Der Spiegel 59–40 (2005), S. 96–97.

188 Vgl. etwa Klaus-Peter Kerbusk, Die Welt vermöbeln, in: Der Spiegel 57–4 (2003), S. 61–62 sowie Astrid Langer, Hoher Verschleiß, in: Der Spiegel 63–9 (2009), S. 90.

189 Vgl. etwa Clemens Bomsdorf/Jörg Schmitt, Nadelstreifen in der Holzklasse, in: Der Spiegel 57–45 (2003), S. 106.

190 Vgl. etwa Bruno Schrep, Geräuschlos gefeuert, in: Der Spiegel 57–23 (2003), S. 50–52, ders., Der Bienenstich-Paragraf, in: Der Spiegel 63–49 (2009), S. 46–51 sowie o. V., IT-Mitarbeiter sollen freiwillig gehen, in: Der Spiegel 64–26 (2010), S. 68.

191 Vgl. o. V., Weniger Rechte für Mitarbeiter, in: Der Spiegel 54–16 (2000), S. 82.

wie es schien, nun unter das Primat der Ökonomie gestellt. Durch den Abbau von Mitbestimmungs- und der Missachtung von Arbeitsrechten¹⁹² geriet überdies der Arbeitnehmerstatus in Gefahr. Der ‚Mitarbeiter‘ nahm dadurch wiederum deutlicher die Gestalt des ‚Arbeiters‘ an. Dies war aber nur eine Facette, denn auch eine Vergesellschaftung des Mitarbeiterbegriffs rückte diesen in die Nähe des Arbeiterbegriffs. So verliehen die massiven Datenskandale, deren Opfer die Beschäftigten von Dresdner Bank, Lidl, Deutscher Telekom, Deutscher Bank und Deutscher Bahn wurden¹⁹³, dem Mitarbeiterbegriff Relevanz für die immer stärker digitalisierte Gesellschaft, zumal solche innerbetrieblichen Praktiken, die zunächst die Mitarbeiter betrafen, unter den Bedingungen einer Konsumgesellschaft früher oder später auch die Verbraucherinnen und Verbraucher tangierten¹⁹⁴.

Ein letzter Aspekt, der den Mitarbeiterbegriff ‚verarbeiterlichen‘ ließ, war schließlich die deutliche Zunahme von Arbeitskämpfen, über die der Spiegel unter dem Rubrum ‚Mitarbeiter‘ vor allem ab Mitte des Jahrzehnts, also ausgerechnet nach dem Ende der sozialrechtlichen Unterscheidung von ‚Arbeitern‘ und ‚Angestellten‘, berichtete¹⁹⁵. Daneben ließ schon 2001 ein Bericht über den Wunsch von frustrierten Beschäftigten von Start-ups, in traditionellen Konzernen ihre Karriere fortzusetzen¹⁹⁶, aufhorchen. 2005 folgte dann ein Interview mit Michael Sommer, in dem erstmals im Spiegel-Sample der Mitarbeiterbegriff prominent mit dem DGB, und damit mit einer überbetrieblichen Instanz, in Verbindung gebracht wurde¹⁹⁷. Und selbst einer der Artikel, die über Fehlverhalten berichteten, drehte sich am Ende des Untersuchungszeitraums um mögliche Vergehen bei einer Betriebsratswahl – das heißt einer dezidierten Arbeitnehmerinstitution¹⁹⁸.

192 Vgl. etwa Frank Dohmen, „Tödlicher Staub“, in: Der Spiegel 55–31 (2001), S. 78–79, Barbara Hardinghaus, Die Firma, in: Der Spiegel 62–8 (2008), S. 64–69 sowie Janko Tietz, „System der Angst“, in: Der Spiegel 63–44 (2009), S. 80–82.

193 Vgl. etwa o. V., Detektiv bespitzelte Mitarbeiter, in: Der Spiegel 54–41 (2000), S. 119, Frank Dohmen/Klaus-Peter Kerbusk, Die Männer von KS 3, in: Der Spiegel 62–47 (2008), S. 122–126 sowie Frank Dohmen/Wolfgang Reuter, Systematische Überwachung, in: Der Spiegel 63–17 (2009), S. 74–75.

194 Vgl. etwa Gunther Latsch, Tödlicher Qualm, in: Der Spiegel 56–4 (2002), S. 46–49, Jörg Schmitt, Altes Fleisch in neuen Folien, in: Der Spiegel 59–12 (2005), S. 58 sowie Susanne Amann, Geradezu verramscht, in: Der Spiegel 64–14 (2010), S. 66–67.

195 Vgl. etwa o. V., Mitarbeiter drohen mit „heißem Sommer“, in: Der Spiegel 60–29 (2006), S. 58, o. V., Mitarbeiter verlieren weniger, in: Der Spiegel 61–26 (2007), S. 73, o. V., Mitarbeiter mucken auf, in: Der Spiegel 63–36 (2009), S. 70 sowie o. V., IT-Mitarbeiter planen Großaufstand, in: Der Spiegel 64–17 (2010), S. 64.

196 Vgl. Alexander Jung, Großer Schwund, in: Der Spiegel 55–16 (2001), S. 88.

197 Armin Mahler/Michael Sauga, „Da schlägt Geiz in Gier um“, in: Der Spiegel 59–7 (2005), S. 92–95.

198 Vgl. Beat Balzli, Stimmen aus dem Nichts, in: Der Spiegel 64–16 (2010), S. 38. Die übrigen Artikel waren überwiegend dem klassischen Vergehen der Bereicherung gewidmet. Vgl. etwa Wolfgang

11.3.4 ‚Mitarbeiter‘ als neuer ‚Arbeiter‘?

Dennoch bleibt Skepsis angebracht, ob der ‚Mitarbeiter‘ ein gleichwertiger Ersatz für den ‚Arbeiter‘ sein kann. Auch wenn ‚Mitarbeiter‘ in sehr unterschiedlichen gesellschaftlichen Feldern wie Wirtschaft, Politik, Medien oder Wissenschaft anzutreffen sind, bleibt es doch ein segmentierter Begriff. Jeder ‚Mitarbeiter‘ ist feldspezifisch. Der ‚Arbeiter‘ ist demgegenüber mit sich selbst identisch. So handelt es sich beim ‚Arbeiter‘ im politischen oder kulturellen Feld letztlich um Repräsentationen des ‚Arbeiters‘ aus dem wirtschaftlichen Feld. Selbst in den 2000er Jahren finden sich im Spiegel keine Artikel, die eine Übersetzung von ‚Mitarbeiter‘ aus dem wirtschaftlichen in das politische Feld schildern, also keine Fälle, in denen Politiker sich Problemen angenommen hätten, die Mitarbeiter in ihren Betrieben bewegten. Diese elementare politische Funktion üben weiterhin der Arbeiter- und Arbeitnehmerbegriff aus. So vermeldete der Spiegel 2009: „Nach den Spähskandalen bei Bahn, Telekom und Lidl entdeckt die Politik den Datenschutz für Arbeitnehmer wieder“¹⁹⁹.

Zum Zweiten fällt die unterschiedliche temporale Signatur ins Gewicht. Mit seiner primär präsentistischen Ausrichtung steht der ‚Mitarbeiter‘ näher beim ‚Arbeitnehmer‘ als beim ‚Arbeiter‘. Endet das den Mitarbeiter- oder Arbeitnehmerstatus begründende Arbeitsverhältnis, verliert die betroffene Person diesen wie jenen Status. Nur in seiner Authentifizierungsfunktion weist ‚Mitarbeiter‘ eine temporale Resilienz auf, insofern als frühere Mitarbeiter immer noch ihre Aussagen mit Verweis auf ihre vorherige Beschäftigung legitimieren können, sei es in der Rolle als Experte oder als Whistleblower. Gleichwohl sind beide Begriffe, ‚Mitarbeiter‘ wie ‚Arbeitnehmer‘, eher systemintegrativ, was auch in ihrer temporalen Struktur begründet liegt. Der ‚Arbeiter‘ bewegt sich aufgrund seiner Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft gleichermaßen umfassenden Zeitstruktur zwischen einer Position des Außen und einer des Dazwischen.

Nimmt der ‚Mitarbeiter‘ im Zuge der Globalisierung eine ähnliche Stellung ein? Zumindest für eine kurze Zeit lassen sich solche Tendenzen beobachten. Denn wenn durch die Globalisierung angeblich externe Systemzwänge auf die Bundesrepublik einwirken, wenn ganz konkret deutsche Betriebe ihren Sitz ins Ausland verlagern und dadurch aus dem deutschen Mitbestimmungsrecht ausscheiden, wächst dem Mitarbeiterbegriff eine kritische Funktion zu. Wenn Mitarbeiter um den Schutz

Krach/Georg Mascolo, Aktien für den Bonbon-Fonds, in: Der Spiegel 55–30 (2001), S. 64–65 sowie o. V., Ermittlung gegen Dekra-Mitarbeiter, in: Der Spiegel 62–51 (2008), S. 70.

¹⁹⁹ An diesem Befund ändert auch nicht, dass noch einschränkend der Nachsatz „und vertagt ihn auf die Zeit nach der Wahl“ folgte. Markus Dettmer, Dimension des Spitzelns, in: Der Spiegel 63–18 (2009), S. 56.

ihres rechtlichen und sozialen Besitzstandes kämpfen, wirken sie gegenüber der Globalisierung als retardierendes Element. Sie verorten sich dann außerhalb dieses Prozesses. Jedoch ist fraglich, wie lange der ‚Mitarbeiter‘ eine solche Position einnehmen kann, denn er bleibt auf den konkreten Betrieb bezogen, und wenn dieser seinen rechtlichen Status ändert, so kann sich der ‚Mitarbeiter‘ nicht auf Dauer einer Anpassung an die neuen Verhältnisse entziehen. Ohnehin zeigte das Beispiel des Mitarbeiterbegriffs im Kontext des Ministeriums für Staatssicherheit, dass ‚Mitarbeiter‘ wohl nur in einer Transformationsphase ein gesamtgesellschaftlich relevantes kritisches Potential entwickeln können, indem sie aus der zuvor existierenden normativen Ordnung herausrücken. Sobald die Globalisierung normalisiert wird, wird wohl auch der ‚Mitarbeiter‘ stabilisierend im Rahmen dieser neuen Normalität wirken.

11.4 Fazit

Über den ‚Arbeiter‘ an sich, über den ‚Arbeiter‘ als kultur- und gesellschaftsprägende Kraft schrieb der Spiegel nach dem Kalten Krieg kaum noch. Geradezu paradigmatisch lautete der Titel eines Artikels, der noch im kulturellen Feld angesiedelt war, „Der letzte Arbeiter“. Unter dieser Überschrift fand sich ein Interview mit der Filmemacherin Ute Diehl, die seit 1979 das Leben der Kölner Arbeiterfamilie Fußbroich dokumentiert hatte. Anlass des Interviews war die Ausstrahlung der letzten Folge dieser Serie²⁰⁰. Als politischer Faktor traten die ‚Arbeiter‘ noch einmal kurz in Erscheinung, als es darum ging, den Niedergang der SPD zu verhandeln. Hier wurde interessanterweise nicht diskutiert, ob die Arbeiterschaft überhaupt noch eine politische Größe war, dies war vielmehr als Prämisse stillschweigend vorausgesetzt. Herausgestellt wurde die Distanz der ‚Arbeiter‘ zur SPD als Ursache für deren Misere²⁰¹. Und tatsächlich finden sich im Sample bis zuletzt Berichte über fortbestehende Benachteiligungen und Probleme, mit denen die Arbeiterinnen und Arbeiter zu kämpfen haben²⁰², und die der politischen Bearbeitung bedürfen. Hatte sich also vielleicht weniger die Realität als vielmehr die Diskurse geändert?

200 Vgl. o. V., „Der letzte Arbeiter“, in: Der Spiegel 58–22 (2004), S. 182.

201 Vgl. Guido Kleinhubbert, Niedergang ohne Beispiel, in: Der Spiegel 60–31 (2006), S. 38–39 sowie Horand Knaup, „Anschluss verloren“, in: Der Spiegel 60–44 (2006), S. 28.

202 Vgl. Alexander Neubacher/Michael Sauga, Lohn für Lebensleistung?, in: Der Spiegel 60–6 (2006), S. 70–72, Markus Verbeet/Marc Widmann, Der späte Tod, in: Der Spiegel 60–45 (2006), S. 40–42, o. V., „Beschämende soziale Selektion“, in: Der Spiegel 61–26 (2007), S. 17 sowie Irina Repke, Diplom für Arbeiter, in: Der Spiegel 61–41 (2007), S. 70.

Die Veränderung der Sprache schlug sich, wie eingangs erwähnt, in einer Verschiebung der Arbeiterkomposita nieder. ‚Arbeiter‘ wurde vom Bestimmungs- zum Grundwort. Doch ging damit ein Bedeutungsverlust des ‚Arbeiters‘ einher, oder zeigte sich darin nicht auch seine Anpassungsfähigkeit? Exemplarisch habe ich drei dieser Komposita betrachtet. ‚Gastarbeiter‘ und ‚Zwangsarbeiter‘ sind Begriffe, die den Arbeiterbegriff segmentieren, insofern als sie nur eine Teilmenge der Arbeiterschaft repräsentieren. Selbst der Mitarbeiterbegriff, der umfassender als die sozialrechtlichen Kategorien ‚Arbeiter‘ und ‚Arbeitnehmer‘ ist, lässt sich unter den ‚Arbeiter‘ als *anthropologische Grundkonstante* subsumieren. In letzter Instanz fügen die untersuchten Arbeiterkomposita dem Hauptbegriff keine neue Bedeutungsdimension hinzu, vielmehr bringen sie bestimmte Aspekte des Arbeiterbegriffs pointiert zum Ausdruck.

Dennoch verändert sich das Arbeiterbild, wenn ‚Arbeiter‘ vor allem als Kompositum in Erscheinung tritt. Schwieriger wird es beispielsweise, politische Relevanz zu vermitteln, wenn lediglich einzelne Gruppen thematisiert werden, ohne dabei Bezüge zur Gesamtarbeiterschaft herzustellen. Überdies kamen nun verstärkt solche Merkmale des ‚Arbeiters‘ zum Vorschein, die ihn nicht als wertvolle Ressource auswiesen (wie dies bei ‚Arbeiterkultur‘ oder ‚Arbeiterbewegung‘ der Fall gewesen sein mochte), sondern die das Negative herausstellten. ‚Zwangsarbeiter‘ ist nicht nur der Inbegriff von Heteronomie, sondern er trat in den späten 1990er Jahren aufgrund seiner Koppelung mit der Geschichte des Nationalsozialismus als ein Atavismus in Erscheinung. Damit, so ist zu vermuten, verfestigte er das seit Mitte der 1980er Jahre aufgekommene Narrativ des ‚Arbeiters‘ als des Rückständigen, umso mehr, als der Zwangsarbeiterdiskurs explizit mit dem Millennium verbunden wurde. Die Aussage war in beiden Fällen klar: ‚Zwangsarbeiter‘ wie auch der ‚Arbeiter‘ an sich waren Relikte der Vergangenheit, derer man sich am besten noch vor Beginn des neuen Jahrtausends entledigte. Ähnlich wirkten, und auch dies wäre noch näher zu prüfen, wohl pejorative Komposita wie ‚Leiharbeiter‘ oder ‚Billigarbeiter‘. Sie wiesen zwar auf Missstände des Neoliberalismus oder der Globalisierung hin, doch taugten sie vor allem zur Artikulation moralischer Empörung. Eine ernstzunehmende politische Agenda ließ sich daraus jedoch nicht entfalten, zu deutlich waren die Betroffenen die *anderen* der Gesellschaft, die überdies von deren Ausbeutung profitierte.

Ein Stück weit rückte der ‚Mitarbeiter‘ in die Lücke, welche aus der Schwäche des Arbeiterbegriffs resultierte. Er war schon in den frühesten Spiegel-Artikeln mit dem Konzept der Information verbunden. Dies verleiht ihm im Rahmen einer Wissensgesellschaft gesamtgesellschaftliche Relevanz. Deckte der ‚Arbeiter‘ in den 1980er Jahren als Bioindikator die Gefahren der Atomkraft, die die ganze Bevölkerung treffen konnten, auf, so nahm der ‚Mitarbeiter‘ eine äquivalente Funktion ein, wenn er datenrechtliche Verstöße von Firmen transparent machte, die frü-

her oder später auch deren Kundschaft betreffen konnten. Und doch blieb seine Handlungsmacht beschränkt, sie war, wie schon bei den Atomarbeitern der 1980er Jahre, nur punktueller Natur. Wenig deutete darauf hin, dass die „Mitarbeiter“ an gesellschaftlich neuralgischen Punkten saßen und auf diese entscheidenden Einfluss nehmen konnten, wie dies beispielsweise die britischen Bergarbeiter in den 1970er Jahren demonstriert hatten, als sie mit ihren Streiks die Energieversorgung des ganzen Landes bedrohten. Ohne vergleichbare Machtmittel fällt es jedoch schwer, als politisch Handelnder in Erscheinung zu treten und selbst eine Agenda zu bestimmen, die über das Bestehende hinausweist.

Eine letzte Frage ist noch offen: Brauchen wir, um die neue Wirklichkeit „nach dem Boom“ zu beschreiben, neue Begriffe? Die Frage ist für den „Nach dem Boom“-Ansatz entscheidend, denn wäre sie zu verneinen, so wäre auch die Berechtigung der These, dass sich seit den 1970er Jahren Strukturbrüche revolutionärer Qualität vollzogen, zu hinterfragen. Zugleich ist diese Frage äußerst heikel, denn sie droht in einer Tautologie zu enden oder gemäß den eigenen politischen Präferenzen entschieden zu werden. Die Frage kann und soll daher weder abschließend noch umfassend beantwortet werden. Ich beschränke mich stattdessen auf einige Gedanken zum Arbeiterbegriff.

Begründbar ist in seinem Fall sowohl die Annahme eines Bruchs, denn zweifellos veränderten sich Sprache und Wahrnehmung der Zeitgenossen, als auch die Annahme von Kontinuität. Denn der Arbeiterbegriff blieb ja präsent, und gerade die verstärkt aufgetretenen Komposita verweisen auf spezifische „Arbeiter“-probleme, die über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg zur Sprache gebracht wurden. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Entwicklung des Mitarbeiterbegriffs, der im Spiegel eine „Demokratisierung“ im Sinne Kosellecks durchlief und nun nicht mehr vorrangig der Legitimierung einer Sprecherrolle dient, sondern die Zustände in Betrieben skandalisiert. Wie es scheint, veränderte sich lediglich die Beschreibung der Probleme, nicht aber die Probleme selbst. Hier tritt nun die Verflechtung des „Arbeiters“ mit dem Körper wie auch mit dem kapitalistischen Produktionsregime als Kontinuitätsanker in Erscheinung. Arbeit wird nach wie vor körperlich erfahren, und auch das Fortbestehen des Kapitalismus wird, wenn auch in gewandelter Form, nicht bestritten. Der Arbeiterbegriff stand, im Gegensatz zum „Mitarbeiter“, für eine Form der Problembewältigung, die über das Bestehende hinauswies, weil der „Arbeiter“ in letzter Instanz untrennbar mit der Vorstellung des „Menschen“ verknüpft war. Dies machte eine Humanisierung der Wirtschaft wie auch der Gesellschaft denkbar, und hierfür, so scheint mir, ist noch kein alternativer Begriff gefunden. Man sollte, und dies ist mein normatives Urteil, den „Arbeiter“ nicht vorschnell aufgeben.